Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 178. Donnerstag, den 1. August 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kaiserwechsel in Japan.

FV. Im Reich der aufgehenden Sonne ging der Stern des Mikado zur Rüste. Nach kurzer, qualvoller Krankheit ist gestern Mutsuhito, der 122. Kaiser Japans, verstorben; nach dem Willen des Verstorbenen soll sein Sohn Yoshihito ihm in der Regierung folgen.

Für gewöhnlich ist's eine ziemlich gleichgültige Sache, ob ein Wilhelm oder August, ein Franz oder Ferdinand auf dem Thron sitzt. Denn es steht ja doch so, daß der jeweilig regierende Monarch mehr Figurant und herzlich wenig politischer Faktor ist. Er hat auszuführen, was die verantwortlichen Regierungsmänner ihn heißen, die ihrerseits wieder von den wirtschaftlichen Kräften im Staatswesen dirigiert werden. Es ist sogar ein hohes Lob, das der Liberalismus vergibt, wenn es von einem Monarchen heißt, er habe die Tugend des Herrschens geübt und sich des Regierens enthalten. Womit in moderner Form ausgedrückt ist, was anschaulicher im Nibelungenlied erzählt wird. Wir meinen die Szene, da Siegfried dem König Günther seine Kraft leiht: Günther braucht nur die Geberde zu machen, der heldische Glanz strahlt dann doch von ihm aus. Jedenfalls geht irr, wer vom Tun der Monarchen das Walten der Geschichte glatt ablesen und daran die Triebkräfte der Entwicklung studieren will. Das gilt auch vom modernen Japan. Dennoch wird einst die Schilderung der Herrscherzeit Mutsuhitos ein interessantes Buch geben, ist sie doch erfüllt von der Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände Japans. Unter Mutsuhito hat Japan den Schritt vom Feudalstaat zur Autokratie und rasch darüber hinaus zum Verfassungsstaat getan.

Als der Verstorbene im Jahre 1867, ein fünfzehnjähriger Jüngling, auf den Thron kam, umgab ihn der Clan der Feudalherren, deren Gefangener in Wirklichkeit der Mikado war. Neben dem Kaisertum bestand das Shogunat, das ist die Spitze des aus Feudalherren und ihrem Gefolge gebildeten Ritterheeres. Es muß aber damals schon das auf dem Grundbesitz beruhende Herrschaftssystem unterwühlt gewesen sein. Um der verfallenden wirtschaftlichen Macht der Grundherren aufzuhelfen, befreundete sich der Shogun mit fremden Handelsgesellschaften, und es begann die Verdrängung der Naturaldurch die Geldwirtschaft. Die daraus entstehende Unzufriedenheit der abgabepflichtigen Bauern verstand der junge Kaiser geschickt auszunutzen. Oder richtiger wohl: es kam eine neue Hofpartei auf, die am Gebaren des Shoguns Anstoß nahm, und im Ringen der widerstreitenden Kräfte wurde Mutsuhito auf die Seite der Gegner des Shoguns gezogen, und als die neue Hofpartei in den Bauernmassen Anklang fand, war ihr möglich, die Beseitigung des Shogunats durchzusetzen. Nun nahm die Staatsverwaltung autokratische Tendenzen an. Die Selbstherrlichkeit der Grundherren wurde gebrochen, die einzelnen Landesgebiete verwaltungstechnisch enger miteinander verbunden. Einer Monarchie, die zentralisierenden Tendenzen folgt, ist's aber erst recht nicht möglich, das Wirtschaftssystem des Feudalstaates neu zu beleben, und so war der junge Alleinherrscher gezwungen, das auf breiterer Grundlage fortzusetzen, was er erst bekämpft hatte. Der Staat wurde dem internationalen Handel weiter geöffnet, es entstanden größere Niederlassungen fremder Kaufleute, Japan wurde, wenn auch zunächst nur in bescheidenem Ausmaß, ins Getriebe der Weltwirtschaft hineingezogen und seine Volkswirtschaft empfand bald das Bedürfnis, in die Weite zu greifen. Das gewaltige chinesische Reich lag nahebei, dort wurden zunächst Märkte und Berechtigungen gesucht und sehr bald, schon 1874, kam es darüber zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit China. Dabei mußte Japan den kürzeren ziehen, denn seinem Heeresaufgebot, das im wesentlichen nach verrotteten Feudalbräuchen zusammengestoppelt war, hatte China immer die stärkeren Bataillone entgegenzusetzen. Entschlossen trat darauf Japan auf die Bahn zum modernen Militarismus. Um mit Erfolg darauf voranschreiten zu können, war manche soziale Reform notwendig: der Frondienst wurde aufgehoben, die Naturalsteuern weiter in Geldabgaben umgewandelt, das Münzsystem vereinheitlicht, die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Als notwendiges Ergebnis der Reformen erfolgte 1889 der Übergang zum Verfassungsstaat. Wie beim Heerwesen, so hatte Japan für seine Verfassung das preußische Muster adoptiert, aber ganz so erbärmlich wie das preußische Dreiklassenunrecht war das Wahlrecht in Japan von vornherein nicht. Wiederholt ist in der Folge Verfassung und Wahlrecht verbessert worden, bis schließlich nur noch eine geringe Steuerleistung (10 Yen) und der Nachweis festen Wohnsitzes als Voraussetzung des Stimmrechtes gefordert wurden. Aber selbst der geringe Betrag von 10 Yen genügt bei der Armut der Bevölkerung, um die Zahl der Wahlberechtigten bei rund 48 Millionen Menschen auf wenig mehr als 1,7 Millionen herabzudrücken, das ist 3 Prozent der männlichen Bevölkerung. Das Unterhaus hatte schon 1898 eine beträchtlich weiter gehende Verbesserung beschlossen, aber das Oberhaus wirkte wie die Mumienkammer, die sich preußisches Herrenhaus nennt, es verlegte dem Fortschritt den Weg.

Die Lösung der Volkskräfte aus den Fesseln der Feudalzeit ist in Japan von vornherein und je länger je mehr zum Verderben durch den Militarismus umgeschlagen. 1894 zwang Japan vermöge seiner jungen militärischen Kräfte das alte China mit Leichtigkeit nieder, im Frieden von Schimonoseki aber wurde es wesentlich durch den Einspruch Rußlands und Deutschlands um den eigentlichen Preis seines Sieges geprellt. Es erreichte zwar die formelle Unabhängigkeitserklärung Koreas, das Japan von China lösen und zu seinem Vasallen machen wollte, aber aus den durch die Friedensbedingungen geschaffenen Umständen erwuchsen Reibungen besonders mit Rußland, die schließlich zu dem furchtbarsten Krieg der Neuzeit führten. Das Moskowiterreich erwies sich in diesem Kriege als tönerner Koloß, aber wieder erlangte die Kulturwelt aus all den Greueln nicht den möglichen Gewinn, das autokratische Rußland hat sich erholt, es bedroht weiter die Kultur, und Japan hat an seinem Sieg sich schier verblutet. Es brachte weiterhin dem Militarismus die beste Kraft seines Volkes dar, und die Verelendung der japanischen Volksmassen durch Kapitalismus und Militarismus geht erschreckend breit und tief.

So ist am Schluß der Regierungszeit Mutsuhitos das arbeitende Volk Japans so elend daran, wie beim Beginn, aber eine wahre Revolution aller sozialen Verbindungen und Verhältnisse Japans hat sich in dieser Zeit vollzogen. Diese Revolution wirkt weiter, sie hat endlich auch China in ihre Strudel gezogen. Daß im fernen Ostasien, wo die Monarchie einen geheimnisvollen Schimmer ausstrahlt und schier wie eine Theokratie wirkt, sie nicht imstande war, die schrecklichen Leiden der sozialen Umwälzung zu mildern, das läßt erkennen, wie wenig Bedeutung im Sinne wohltätiger sozialer Reformen der Monarchie zukommt. In Japan war sie gewalttätiger wie das schlimmste Bourgeoisregiment in Dollarika. Gleich ausdauernd und gleich niederträchtig wie im Land der aufgehenden Sonne ist wohl die Arbeiterbewegung nirgends geknechtet und gebüttelt worden. Die Ausbeutung ungekürzt hochhalten, das war Regierungsmaxime im monarchischen Japan. Dabei darf man nicht übersehen, daß der verstorbene Mikado ein äußerst kluger, tatfähiger Kopf gewesen sein muß, denn sonst hätte er nicht vermocht, in dem oft rasenden, meist wirbelnden Gang der Ereignisse, der das unterste zu oberst kehrte, sich zu behaupten.

Wie eine Parodie auf legitimistische Spielereien im alten Europa, wo Lippe-Biesterfeld und Schaumburg um die Ebenbürtigkeitsfrage beinahe einen Krieg entfesseln, wirkt die Regelung der Thronfolge in Japan. Der Mikado hat Kind und Kegel, nicht das Kind hebt er auf den Thron, sondern — den Kegel. Kegel nämlich im Sinne der deutsch-mittelalterlichen Ausdrucksweise. Der neue Kaiser Yoshihito ist sozusagen ein Bastard, Mutsuhito hat ihn mit einer Nebenfrau gezeugt. Aber daran stößt sich kein Japaner. Mutsuhito geht ein zu den Ahnen, ihm wird Verehrung wie einem Gott. Und die aufgehende Sonne bestrahlt Yoshihito, den neuen Mikado.

Ein Wittelsbacher Vorstoß gegen das Reich.

Eine sensationelle Sitzung, die am Mittwoch vormittag der bayerische Reichsrat abhielt, beschäftigt alle politischen Kreise auf das lebhafteste. Die unzweideutige Erkenntnis, die man aus der Debatte der Reichsräte über die innere Politik gewonnen hat, ist die, daß Bayern gegenwärtig tatsächlich von einem Jesuitenministerium regiert wird, das in seiner klerikalen, reaktionären Gewaltpolitik vor nichts zurückschreckt, und auch über die Einheit des Reiches hinweggeht.

Den Anlaß zu diesen wichtigen Debatten gab der Jesuitenerlaß der bayerischen Regierung. Wie ernst die Gefahr von eingeweihten Männern aufgefaßt wird, beweist das in diesem stillen Hause unerhört rücksichtslose Vorgehen des Grafen Toerring, der die liberale Politik seines Schwagers, des Großerben Prinzen Rupprecht vertritt, während der unmittelbare Thronfolger, Prinz Ludwig, völlig in klerikalen Händen ist.

Graf Toerrings Rede war eine leidenschaftliche Kriegsansage gegen das Ministerium Hertling: „Der Jesuitenerlaß war ein taktischer grober Fehler der Staatsregierung. Wir haben es hier mit dem stärksten Bock zu tun, der seit Jahrzehnten auf dem politischen Jagdgebiete in Bayern geschossen wurde. Ich weiß zwar nicht, wer sich den Siegespreis aneignen darf, das wird die Staatsregierung am besten unter sich ausmachen; der Erlaß ist aber eine ganz bedeutende Blamage für die Regierung und ganz Bayern, von dem Augenblicke an, wo die Regierung zugeben mußte, daß sie nicht berechtigt war, den Erlaß zu publizieren, ohne vorher die Ansicht des Bundesrats zu hören. Ich bedaure auch sehr, daß die Regierung wiederholt den Versuch gemacht hat, die Schuld an dem Erlaß dem früheren Kultusminister in die Schuhe zu schieben. Ich frage die Staatsminister: Was haben Sie mit den Intentionen der früheren Staatsminister zu tun? Was gehen Sie die Intentionen eines Ministers an, der einem Kabinett angehörte, dessen Ansichten grundverschieden waren von den Ihrigen? Zu ihrer sonst einwandsfreien Ritterlichkeit hätte es auch besser gepaßt, wenn Sie die ganze Verantwortung auf sich genommen hätten und den früheren Kultusminister ganz aus dem Spiele gelassen hätten. Meine Herren Staatsminister, seien Sie versichert, Sie haben Bayern mit diesem Jesuitenerlaß einen recht schlechten Dienst erwiesen; die große Majorität der Bayern ist sich bewußt, daß es zweifellos besser ist, wenn das Tor zwischen uns und den Jesuiten geschlossen bleibt im Interesse des konfessionellen Friedens. Auch ein ganz bedeutender Teil des katholischen Klerus ist meiner Ansicht. Diese allgemeine und zweifellose Volksmeinung haben Sie ignoriert, absichtlich oder unabsichtlich. Sie werden es daher begreiflich finden, wenn eine große Anzahl von Leuten, die sich Ihnen gegenüber bisher abwartend verhalten, sich nun von Ihnen abgewendet haben. Wir wissen nun ganz genau, was wir von Ihnen in dieser und ähnlichen Fragen zu erwarten haben und es wird uns nichts weiter übrig bleiben, als die Hilfe auf anderer Seite zu suchen. Wir wenden uns daher an die Reichsregierung mit der Bitte, uns hier denjenigen Schutz zu gewähren, der uns von der uns allerdings näher stehenden Regierung versagt wurde, hoffend, daß dieser Appell nicht unberücksichtigt bleiben wird.“

Die Schlußwendung des Grafen Toerring rief allgemeine Bewegung hervor, die noch größer wurde, als sich Prinz Georg, der 32jährige Neffe des Thronfolgers, erhob und offenbar in seinem Namen folgende Erklärung abgab:

„Ich will nicht verhehlen, zu bekennen, daß ich in der Angelegenheit des Jesuitenerlasses die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung vollauf teile, und daß ich zu denjenigen gehöre, die die Rückkehr der Jesuiten für begrüßenswert halten. Was mich veranlaßt hat, das Wort zu ergreifen, war der Schlußpassus des Grafen Toerring, worin er mitteilte, daß er es für nötig gehalten hat, den Schutz der Reichsleitung gegen die bayerische Regierung zu erbitten. Ich halte ein derartiges Vorgehen, das bisher in der Geschichte dieses Hauses einen Präzedenzfall nicht hat, für tief bedauerlich, ja geradezu für nicht unbedenklich. Ich denke von der geschichtlich gewordenen Selbständigkeit Bayerns, von der Einsicht unserer Staatsregierung viel zu hoch, als daß ich es für nötig halten würde, die Reichsleitung in einer derartigen Angelegenheit um Schutz gegen die Regierung, die uns von dem Prinzregenten gegeben worden ist, anzuflehen.“

Auch die folgenden Redner, soweit sie zum Zentrum gehörten, entrüsteten sich immer wieder über die Anrufung einer andern, einer fremden Regierung. So sagte Fürst Löwenstein: „Die Herren in Berlin werden sich wundern, wie demütig und bescheiden man in dem angeblich partikularistischen Bayern geworden, daß man den Schutz einer andern Regierung braucht gegen die eigene.“ Minister v. Soden bezeichnete die Anrufung einer andern Regierung wiederholt als unerhört, als noch nicht dagewesen.

Man könnte diesen Vorstoß des Wittelsbacher Prinzen gegen die Reichsleitung als eine Antwort auf die Frankfurter Schützenrede des Prinzen Heinrich auffassen, wenn nicht gleichzeitig dieselbe Zentrumsregierung in der Frage der staatsbürgerlichen Entrechtung der Sozialdemokratie sich der preußischen Regierung unterworfen hätte. Überdies handelt es sich hier nicht um die staatsrechtlich begründete Abweisung der dynastischen Oberherrentheorie, sondern um die Auflehnung gegen den ersten Grundsatz der Reichsverfassung, daß Reichsrecht vor Landrecht geht. Die Anrufung des Reichs gegen die Willkür der bayerischen Jesuitenregierung war durchaus so korrekt, wie wenn man in Preußen die Hilfe des Reichs gegen das Verbot des Streikpostenstehens anruft.

Die Proklamation der Wittelsbacher und ihrer derzeitigen Regierung ist also nicht auf eine Stufe zu stellen mit der so kläglich gescheiterten eigenen Empörung gegen die Vasallenrede, sondern sie ist ein Angriff auf die Reichseinheit und das Reichsrecht im Interesse der Willkürherrschaft der bayerischen Jesuitenregierung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Lästiger Erntesegen.

Die Berichte aus allen Gauen Deutschlands stimmen darin überein, daß die Ernte vortrefflich ausfällt. Die „Deutsche Tageszeitung" sieht sich nun veranlaßt, in dieses günstige Bild einen düsteren Ton hineinzubringen. Nach den Angaben des agrarischen Blattes sind die Aussichten keineswegs so günstig. Herr Oertel, der einstige Schulmeister, war selbst auf Reisen und kann nun konstatieren, daß der Ausfall der Getreideernte sehr verschieden ist, namentlich stehe es noch dahin, ob Menge und Gehalt der Körner den gehegten Hoffnungen entsprechen werde. Ob das Sommergetreide nur eine gute Ernte bringen werde, erscheint dem journalistischen Sachwalter der Brotwucherer sehr fraglich. Bei den Hackfrüchten, Rüben und Kartoffeln, kündigt er sogar die Möglichkeit einer Mißernte an. Der ungeheuerliche Artikel schließt mit den Sätzen:

„Das Gerede, daß der Bauer in diesem Jahre in Reichtum und Üppigkeit schwimme, ist demnach völlig haltlos. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß sich unsere Bedenken und Befürchtungen nicht bestätigen möchten; aber angesichts der Übertreibungen, die in der Presse laut werden, hielten wir es für unsere Pflicht, zur Vorsicht dringend zu mahnen."

Fehlt nur noch, daß die „Deutsche Tageszeitung" an die Regierung die Mahnung richtet, schleunigst eine Hilfsaktion für die notleidenden Agrarier vorzubereiten. Eine gute Ernte betrachten die Junker als einen Notstand, sie fürchten ein Sinken der Preise, namentlich dann, wenn die Welternte gut ausfällt, und das ist offenbar in diesem Jahre der Fall. Wenn aber bei den Kartoffeln wirklich die von Herrn Oertel in Aussicht gestellte Mißernte befürchtet werden muß, dann ist es unbedingt notwendig, daß der Kartoffelzoll bis zu der nächstjährigen Ernte suspendiert wird. Daß der Bundesrat das kann, hat er im Vorjahre bewiesen, und er darf mit dieser Maßnahme nicht warten, bis der Reichstag wieder versammelt ist. Allerdings wird dann die „Deutsche Tageszeitung" schleunigst beweisen, daß wir an Kartoffeln einen ungeheuren Überfluß haben. Das Treiben der Lebensmittelwucherer wird in der Tat immer gemeingefährlicher.

Zu Kardinal Fischers Tode.

Kardinal-Erzbischof D. Antonius Fischer, der am 30. Juli in Neuenahr verstarb, wurde im Jahre 1840 als der Sohn eines Volksschullehrers in Jülich im Rheinland geboren, war 25 Jahre lang Religionslehrer am Gymnasium in Essen, und wurde vor 25 Jahren Weihbischof, vor 10 Jahren Erzbischof von Köln. Seine vor 9 Jahren erfolgte Ernennung zum Kardinal verdankt er der Gunst Wilhelm II., und man hat ihn damals mit Recht spöttisch als den „königlich-preußischen Kardinal" bezeichnet. Er pflegte Wilhelm II. in geradezu byzantinischer Form in seinen Festreden zu feiern. Einmal behauptete Kardinal Fischer, Wilhelm II. habe etwas von dem Geiste Karls des Großen, und er nannte Wilhelm II. und den Papst die „beiden größten Herrscher der Gegenwart". Auch sprach Kardinal Fischer von Wilhelm II. meistens als von „unserem erhabenen" oder „unserem herrlichen" Kaiser; einem solchen Herrscher zu dienen, sei eine freudige Herzensangelegenheit."

Den Besitzlosen gegenüber sprach der Kardinal in seinem ersten Hirtenbrief als von den „Geringen, die durch Gottes weise Vorsehung ein Leben der Armut, der Niedrigkeit, der Entsagung und der demütigen Arbeit führen". Er sprach von den Tugenden der Armut und dem Laster der Habsucht; aber niemals richtete er seine Worte an die millionenschweren Männer Bachem, Trimborn, Wilkens usw., bei denen er häufig zu Tische saß.

Kardinal Fischers politische Anschauungen waren konservativ, ja beinahe feudal, trotz seiner proletarischen Herkunft. Seine Stellung der Wissenschaft gegenüber wird charakterisiert durch den Ausspruch, den er anläßlich des Katholikentages in Düsseldorf tat: „Soweit der Himmel über der Erde steht, so hoch steht der Glaube über der Wissenschaft." Kardinal Fischer wurzelte vollständig in den religiösen Anschauungen des Mittelalters; er förderte die Heiligenverehrung und den Reliquienkult, und vollzog unter großem Prunk die feierliche Krönung einer eigentlich für den Kölner Dom beschafften Mutter-Gottes-Statue. Er betrieb auch die Seligsprechung der Christina von Stommeln, eines hysterischen, an Halluzinationen leidenden Frauenzimmers aus dem 13. Jahrhundert, von dem die Legende behauptet, mit ihrem Leib seien nicht weniger als sechsundachtzigtausend Teufel in die Hölle gefahren.

Dieser Geistesbeschaffenheit des Kardinals entsprach die Erziehung, die er dem Klerus zuteil werden ließ. Das zu der Universität Bonn gehörende Konvikt wurde durch Kardinal Fischer von der Universität fast völlig getrennt; die Studenten wurden gleich Gefangenen behandelt und ihre Lektüre usw. wurde aufs schärfste überwacht. Auch wurden die Studenten völlig im Geiste des tiefsten Mittelalters erzogen. Über die Geistlichen übte der Kardinal eine förmliche Zwangsherrschaft aus; er bevormundete sie wie Schulbuben. Bei Kirchenreisen gebot er, daß man ihn mit fürstlichem Pomp empfange, und einmal hat er es den Bonner Theologie-Professoren sehr übel vermerkt, daß sie nicht gleich dem sonstigen Klerus an der Stadtgrenze von Bonn zu seinem Empfange erschienen waren.

Merkwürdigerweise war dieser religiöse Eiferer ein Förderer der Bachemschen Richtung, statt der von den Kirchenfürsten Kropp und Korum protegierten katholischen Arbeitervereine. Dies rührte daher, daß Kardinal Fischers ganzes Sinnen und Trachten auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie gerichtet war, die er ganz im Stile des Reichsverbandes betätigte. Es sei daran erinnert, daß, als vor einer Reihe von Jahren Genosse Bebel in seiner Geburtsstadt Köln gesprochen hatte, Kardinal Fischer bald nachher in einem Hirtenbriefe von einem „bekannten, von außen gekommenen Parteiführer" sprach, dem er Verursachung maßlosen Ärgernisses und frecher Gotteslästerung vorwarf.

Fischers Standpunkt gegenüber den christlichen Gewerkschaften entsprach sicherlich nicht seiner wahren Gesinnung, sondern entsprang nur seinem staatserhaltenden Instinkte.

Der neue Erzbischof ist innerhalb drei Monaten von dem sogenannten Domkapitel zu wählen.

Die trübe Quelle der Handelskammer.

Der Deutsche Handelstag hat bekanntlich eine Umfrage an seine Mitglieder, die Handelskammern, ergehen lassen darüber, ob nach deren Erfahrung der Schutz der Arbeitswilligen bei Streiks mangelhaft sei und man dies auf das Fehlen ausreichender gesetzlicher Bestimmungen oder auf die ungenügende Handhabung der vorhandenen Bestimmungen oder worauf sonst zurückzuführen habe. Die Umfrage war veranlaßt von den kapitalistischen Scharfmachern aller Schattierungen, die ein Interesse haben an der gesetzlichen Lahmlegung der modernen Arbeiterbewegung durch ein Zuchthausgesetz. Charakteristisch ist nun, daß diese Scharfmacher eine Institution um Scharfrichterhilfe angingen, die doch für die vorliegende Frage weniger kompetent ist, denn der Handelstag und die Handelskammern haben doch in erster Linie Fragen des Handels und Verkehrs zu lösen. Die Flucht der industriellen Scharfmacher zu den Handelsherren, die beide allerdings vielfach ein und dieselben Personen sind, beweist, wie oberfaul es mit dem Material für die geplante Zuchthausvorlage steht.

Wie berechtigt aber der Zweifel in die Kompetenz der Handelskammern zur Lösung der vorliegenden Frage ist, wird durch einen Bericht der Elberfelder Handelskammer bewiesen. Es heißt darin: „Die Handelskammer hat zur Beratung dieser Fragen des Handelstages eine besondere Kommission eingesetzt, welche am 23. d. Mts. getagt hat. Herr Richard Lohe jun. berichtet über die Ergebnisse dieser Kommissionsberatung und hebt hervor, daß je länger je mehr die Überzeugung in Arbeiter- und Arbeitnehmerkreisen durchgedrungen sei, daß der jetzige Schutz der Arbeitswilligen durch Gesetzgebung und Verwaltung durchaus unzulänglich sei. Auf der neulichen Tagung der sich erfreulich entwickelnden nationalen Arbeiterverbände (der sogenannten „Gelben") in Essen, an der er als Vertreter der Kammer teilgenommen habe, sei dringend ein besserer Schutz der Arbeitswilligen und vor allem ein Verbot des Streikpostenstehens gefordert worden. Die Erfahrungen bei den Streiks der letzten Jahre in Elberfeld, die dabei vorgekommenen Belästigungen der Arbeitswilligen und sogar ihrer Frauen und Kinder auf der Straße und in ihren eigenen Wohnungen hätten gelehrt, daß etwas geschehen müsse, und der Kommission der Kammer die Überzeugung aufgedrängt, daß die frühere Ablehnung des Verbots des Streikpostenstehens durch die Kammer nicht mehr aufrechterhalten werden dürfe."

Nach diesem Bericht, den die „Rhein.-Westfäl. Ztg." veröffentlicht, hat also die Elberfelder Handelskammer ihre Wissenschaft zur Beurteilung der Frage des Arbeitswilligenschutzes von den gelben Arbeiterorganisationen geholt. Was dort von den Günstlingen und Schützlingen der Scharfmacher gesagt wurde, war der Handelskammer Evangelium. Und mit so gewonnenem Material sollen die Arbeiterorganisationen vernichtet werden!

Mindereinnahmen bei der Reichspost.

Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung haben im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres 179,1 Mill. Mk., die der Reichseisenbahnverwaltung 36 Mill. Mk. betragen. Die monatliche Durchschnittseinnahme hat danach bei der ersteren Verwaltung bisher rund 60 Mill. Mk., bei der letzteren 12 Mill. Mk. ausgemacht. Im Etat ist der Monatsdurchschnitt bei der Post mit rund 66 Mill. Mk., bei der Reichseisenbahn mit rund 12 Mill. Mk. zum Ansatz gebracht.

Zum jüngsten Marokko-Konflikt.

Die „Braunschw. Landesztg." hatte gemeldet, die deutsche Regierung werde die marokkanischen Behörden für den Mord an dem Deutschen Opitz in vollem Umfange schadenersatzpflichtig machen. Demgegenüber erfährt die B. Z. an amtlicher Stelle, daß zunächst an die deutschen Konsularbehörden in Marokko die Aufforderung ergangen sei, über die Vorgänge genaue Untersuchungen zu erheben. Erst nachdem die Ermittlungen beendet und man genau darüber unterrichtet sein wird, auf welche Weise Opitz ums Leben gekommen ist, können eventl. Schadenersatzansprüche gestellt werden. Bei der französischen Regierung seien die nötigen Schritte zur Ermittelung eingeleitet worden.

Altliberale Reichsparteiler.

In Augsburg fand auf Veranlassung einiger mit der jetzigen Leitung der liberalen Partei nicht einverstandenen Altliberalen eine Versammlung statt, in welcher nach einem Referat des aus der liberalen Partei ausgetretenen Fabrikdirektors Tafel in Nürnberg und des Reichsverbandsgenerals Reichstagsabgeordneten v. Liebert eine Ortsgruppe der Reichspartei gegründet wurde. An der Versammlung nahmen durchweg Fabrikanten und Fabrikdirektoren teil, als Staffage mußten die Vorstandsmitglieder der gelben Werkvereine dienen. Fabrikdirektor Tafel führte in seiner Rede aus, „daß die Reichspartei nicht viel auf Volkstümlichkeit ihres Programms gibt, sie schaue vielmehr darauf, daß ihr Programm richtig ist" — d. h., daß die Interessen des Geldbeutels und seiner Besitzer in erster Linie geschützt und gewahrt werden.

Protest gegen tschechische Praktiken.

Die sächsische Regierung hat in Wien Vorstellungen erhoben wegen der willkürlichen Beeinflussung des Wasserstandes der Elbe. Die sächsische Regierung führt dies darauf zurück, daß tschechische Strombeamte am Oberlauf der Elbe Stauungen des Elbwassers vornehmen und damit einen niedrigen Wasserstand auf der sächsischen Strecke herbeiführen, durch den die Schiffahrt stark behindert wird.

Der Streit im Zentrum.

In ihrer Nr. 36 vom 29. Juli befaßt sich die antibachemitische „Kölner Korrespondenz" mit der Anregung der „Kölnischen Volkszeitung", einen Gesamtverband katholischer Turnsektionen Deutschlands zu bilden. Die „Kölner Korrespondenz" wundert sich, daß also die Bachemiten das Turnen konfessionalisieren wollen, wie dies bezüglich der Schützengilden, Kegelklubs usw. geschehen sei, aber die „wichtigsten Weltanschauungsorganisationen der Katholiken" auf dem Boden einer nichtkatholischen, „schwindelhaften, sogenannten christlichen Basis" stehen sollen. Sie findet die Erklärung dafür in folgendem: „Auf katholischer Seite weiß jeder Eingeweihte, daß die gesamte Vereinstätigkeit der Katholiken auf die Stärkung des Zentrums konzentriert ist. Ungefähr alles, was in den Vereinigungen der Katholiken unter konfessioneller oder nichtkonfessioneller Flagge geschieht, dient in letzter Linie dem Parteizweck. Das ist unter Zentrumskatholiken eine jener Selbstverständlichkeiten, die man nicht ausspricht. Nun wissen die Machthaber im Zentrum ganz genau, daß das Zentrum auf katholischem Boden steht, wo die Wurzeln seiner Kraft ruhen. Diese der Zentrumswählerschaft in Fleisch und Blut übergegangene Überzeugung von der katholischen Weltanschauung des Zentrums ist sobald nicht zu vertilgen. Deshalb — so denken sich die „Kölner" — kann man dem Zentrum, den Windhorstbunden und sonstigen auf katholischer Basis stehenden Organisationen die äußere katholische Etikette nehmen und der Außenwelt vorgaukeln, sie hätten mit dem Katholizismus absolut nichts zu tun. Die Turnvereine aber, die als solche weder katholisch noch protestantisch sind, müssen durch die äußere Etikette an die Partei festgelegt werden. Gerade dieses Janusgesicht der dominierenden Kölner Richtung ist uns zuwider. Wir wollen Wahrheit und Klarheit, besonders im Zentrum, der bei weitem wichtigsten Organisation deutscher Katholiken. Und diese Wahrheit soll so sein, daß sie sich auch vor den Gegnern des Zentrums sehen lassen kann."

Neue Landtagsauflösung in Schwarzburg-Rudolstadt.

Aus Rudolstadt wird der bürgerlichen Presse berichtet, daß es, da die sozialdemokratische Landtagsfraktion dem von der Regierung dekretierten Gesetz über die Beamtenteuerungszulagen unter keinen Umständen zustimmen wird, deshalb vielleicht schon in einer der ersten Sitzungen zur Landtagsauflösung kommt. Angesichts der im Lande herrschenden gespannten Lage ist die sozialdemokratische Landtagsfraktion zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Schritte zu beraten, die bei der Eröffnung des Landtages am 4. September zu tun sind. Bezüglich der von der Regierung ohne die Genehmigung des Landtages dekretierten Beamtenteuerungszulagen ist die Fraktion der Ansicht, daß es sich hierbei um einen glatten Verfassungsbruch handelt, und die Fraktion diesem Gesetz unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben wird.

In einem Aufruf im Saalfelder „Volksblatt" verurteilt die neugewählte Fraktion scharf das verfassungswidrige Vorgehen der Rudolstädtischen Regierung. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Diese Provokation seitens der Regierung als Antwort auf die Landtagswahl und den dadurch bekundeten Willen der Wähler zeigt, daß der Kampf in unserem Lande um die Rechte des Volkes nicht erledigt ist, sondern erst recht beginnt. Darum auf den Posten Wähler! Rüttelt die Säumigen auf, zeigt ihnen, wie gewaltsam der Landtag und die Wähler beiseite geschoben und die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zertrümmert werden sollen. Rüstet zu neuer Wahl! Erhebt abermals wuchtigen Protest gegen das Vorgehen der Regierung! Zeigt, daß Ihr Eure Rechte zu wahren wißt! Hoch die Verfassung, nieder die Reaktion!"

Türkei.

Die Wirren auf dem Balkan. Die jungtürkischen Führer erschienen Montag abend bei dem Großwesir und erklärten, ihre Partei könne die gesetzmäßige Auflösung der Kammer annehmen unter der Bedingung, daß die unparteiische Durchführung der Neuwahlen garantiert und dasselbe Verwaltungspersonal beibehalten werde. Der Großwesir erwiderte, er werde seine Kollegen zu Rate ziehen. Die Jungtürken glauben, daß sie dank ihrer Organisation bei den Wahlen die Majorität erhalten würden. Es verlautet, daß sie als Bürgschaft für die Unparteilichkeit einen andern Minister des Innern wünschen. Man nennt Hussein Hilmi Pascha, zu dem die Jungtürken Vertrauen zu hegen scheinen.

Der „Neuen Freien Presse" wird aus Konstantinopel gemeldet: Alle hiesigen Ortsgruppen des jungtürkischen Komitees werden im Auftrage der Regierung überwacht, ebenso das Haus des früheren Ministers des Innern, Hadschi Adil, wo Zusammenkünfte komiteetreuer Offiziere stattfinden. Zwei dieser Offiziere sind verhaftet worden.

Die militärische Depeschenzensur ist endgültig aufgehoben worden. Die zivile Zensur wurde wieder eingeführt. Der Grund dieser Maßnahme ist unbekannt. Die Korrespondenten der Presse unternehmen in dieser Angelegenheit Schritte beim Großwesir.

Die Unterhandlungen der Kommission mit den Arnauten in Prischtina waren bisher erfolglos. Die Arnautenführer lehnen weitere Verhandlungen ab, solange die Kammer nicht aufgelöst ist. Der Kommission ist es gelungen, die Arnauten zu veranlassen, die Märkte wieder zu öffnen.

Die Regierung hat beschlossen, die militärischen Gouverneure durch Zivilgouverneure zu ersetzen. Der türkische Gesandte in Athen, Mukhtar Bey, und der Wali von Bagdad, Dschemal, die beide der jungtürkischen Partei angehören, haben ihre Ämter niedergelegt.

Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr erschien das gesamte Kabinett, mit Ausnahme von Kiamil und Nazim

Pascha, und übergab dem Präsidenten einen Dringlichkeitsantrag auf Änderung des Artikels 7 der Verfassung, betreffend das Recht des Sultans zur Auflösung der Kammer. Die Regierung verlangt, dem Sultan das Recht zu geben, die Kammer, falls ungewöhnliche Umstände vorliegen, aufzulösen, nachdem der Senat gleichfalls sich dafür ausgesprochen hat. Die Beratung darüber ist noch nicht beendet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 1. August.

Der Bürgerausschuß bewilligte gestern für die Beteiligung an der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig 1913 die Summe von 6000 Mk. Im Verlaufe der Beratung beantragte v. Schack: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, ihm eine Aufstellung darüber zugehen zu lassen, welche Kosten in den letzten drei Jahren durch Beschickung von Kongressen und Ausstellungen entstanden sind, und zwar für jeden Kongreß und jede Ausstellung getrennt. Der Bürgerausschuß beschloß, dieses Ersuchen an den Senat zu richten. — An eine Kommission verwiesen wurden die Senatsanträge betreffend Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Drainageleitung in dem zur Abhaltung des Tagewassers von den Grundstücken der Torstraße zu Travemünde hergestellten Graben sowie betreffend Festsetzung der Bauweise für eine Strecke der Schönböckener Straße. Gutachtlich befürwortet wurde die vom Senat beantragte Beleuchtung des Fahrwassers der Trave von Lübeck bis Travemünde, deren Kosten auf 34 000 Mk. veranschlagt sind. Hermann Eschenburg beantragte: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, die für die Herstellung einer Gasbeleuchtung auf der Trave vorzunehmenden Versuche so zu beschleunigen, daß noch im kommenden Winter, spätestens bis Ende Dezember dieses Jahres, die Gasbeleuchtung des Fahrwassers hergestellt sein kann. Dies Ersuchen beschloß der Bürgerausschuß an den Senat zu richten. Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurde ferner die Herstellung eines Kohlenlöschplatzes unterhalb des Konstinplatzes, der Voranschlag für das Forstwirtschaftsjahr 1912-13, der Bau eines zweiten Schulhauses in Schlutup mit einem Kostenaufwande von 113 200 Mk. Im letzteren Falle beantragt der Senat, 1. daß auf dem im Staatsbesitz befindlichen etwa 3040 qm großen Platz hinter den Grundstücken Nr. 68 bis 76 der Lübecker Straße in Schlutup ein zweites Schulgebäude nach Maßgabe des Planes und Kostenanschlages des Baudirektors Baltzer vom 30. April 1912 mit einem Kostenaufwande von 113 200 Mark errichtet und die erste Baurate mit 45 000 Mk. für das laufende Rechnungsjahr angewiesen, die zweite mit 68 200 Mark in den Abschnitt für Volksschulbauten des Budgets für 1913 eingestellt werde; 2. daß der Schulgemeinde Schlutup gestattet werde, die ihr obliegende Verpflichtung zur Hergabe des Bauplatzes durch Zahlung eines Betrages von rund 3040 Mk. an das Finanzdepartement abzulösen. Mitgenehmigt wurde der Verkauf eines Areals in Schlutup an den Maurermeister Schmidt, der staatsseitige Erwerb eines Areals an der St.-Lorenz-Straße in Travemünde, der Verkauf eines Areals an der Elswigstraße an den Kunst- und Handelsgärtner W. Blauert, sowie der Ankauf eines Teiles des Grundstückes Mengstraße 16 und Fünfhausen 27-35 (für 6750 Mark.)

Instandsetzung einer kunsthistorisch wertvollen Hausfassade auf Staatskosten. Der Senat legte dem Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung folgendes Dekret vor: Der Konservator der Lübeckischen Bau- und Kunstdenkmäler, Baudirektor Baltzer, hat der Baudeputation berichtet, daß eine der kunsthistorisch wertvollsten Hausfassaden unserer Stadt, die des Hauses Fischstraße Nr. 34, in ihrem Bestande gefährdet ist und daß der Eigentümer des Hauses sich außer Stande sieht, die erforderlichen Reparaturen seinerseits auszuführen. Die Kosten sind auf 3150 Mk. veranschlagt. Die Baudeputation hat beantragt, daß dieser Betrag aus öffentlichen Mitteln unter der Bedingung zur Verfügung gestellt werde, daß eine dingliche Verpflichtung folgenden Wortlautes in das Grundbuch zu Gunsten des Staates eingetragen wird: „Die Fassade des Hauses Fischstraße Nr. 34 darf ohne Genehmigung des Senates weder vernichtet oder dem Verfall preisgegeben, noch in ihrem Bestande oder Äußeren verändert, insbesondere auch nicht wiederhergestellt, übertüncht oder bemalt werden. Wenn der Staat auf seine Kosten Untersuchungen oder Erhaltungsarbeiten der Fassade vornehmen will, hat der Eigentümer sie zu dulden." Der Eigentümer hat sich bereit erklärt, diese Verpflichtung nach der Beschwerung des Grundstückes in Höhe von 32 000 Mk. eintragen zu lassen. Eine bessere Lage für diese Note hat sich durch die eingeleiteten Verhandlungen nicht erreichen lassen. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu folgen, und stellt daher zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß der Baudeputation der Betrag von 3150 Mk. zur Verfügung gestellt werde, um die Fassade des Hauses Fischstraße Nr. 34, gegen Eintragung einer ihre dauernde Erhaltung sichernden Note im Grundbuch nach der Beschwerung des Grundstückes in Höhe von 32 000 Mk. wiederherzustellen. Auf Antrag von v. Schack wurde die Verhandlung dieses Gegenstandes bis zur nächsten ordentlichen Sitzung ausgesetzt.

Weitere Staatsmittel für die Rechtsauskunftstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beantragte der Senat gestern wieder einmal beim Bürgerausschuß, dem er folgendes Dekret vorlegte: Die Leitung der öffentlichen Rechtsauskunftstelle hat beim Finanzdepartement beantragt, die von der Rechtsauskunftstelle benutzten Räume im Hause Parade Nr. 1, die sich in einem schlechten baulichen Zustande befinden, wiederherstellen zu lassen. Die Instandsetzungsarbeiten werden 1450 Mk. betragen. Hierzu kommen noch die Kosten für eine bescheidene Instandsetzung des Vordergartens und der Einfriedigung sowie die Entfernung der Müllhaufen auf dem Hofe mit 150 Mk. hinzu, sodaß das Gesamterfordernis sich auf 1600 Mk. belaufen wird. Es handelt sich um bauliche Instandsetzungsarbeiten in 10 Zimmern, dem Klosettraum, dem Vorplatz und Haupteingang sowie Herrichtung einer Schreibstube an Stelle des jetzigen Kohlenraumes. Dem Finanzdepartement stehen auf Grund des Voranschlages für die bauliche Unterhaltung des Gesamtgrundstückes Parade Nr. 1 nur 1200 Mk. zur Verfügung, aus denen die beantragten Instandsetzungsarbeiten nicht bestritten werden können. Nach eingehender Beratung und nachdem es vergeblich versucht worden ist, der Rechtsauskunftstelle in anderen städtischen Häusern Räume zur Verfügung zu stellen, hat das Finanzdepartement beim Senat beantragt, ihm zur Instandsetzung der von der Rechtsauskunftstelle benutzten Räume im Hause Parade Nr. 1 die erforderlichen Mittel von Mk. 1600 baldtunlichst zur Verfügung zu stellen. Mit dem Finanzdepartement ist der Senat der Ansicht, daß die Aufwendung von Mk. 1600 für die Instandsetzung der jetzt von der Rechtsauskunftstelle im Hause Parade Nr. 1 benutzten Räume gerechtfertigt ist, da die Räume sich zurzeit in einem schlechten baulichen Zustand befinden und einer Instandsetzung dringend bedürfen. Auch die von der Baudeputation hierfür veranschlagte Summe von Mk. 1600 erscheint nicht zu hoch. Der Bürgerausschuß bewilligte diese Summe. Als die bürgerlichen Parteien s. Zt. die bürgerliche Rechtsauskunftstelle gründeten, um damit dem Arbeitersekretariat das Wasser abzugraben, da sangen sie von ihrer eigenen Opferwilligkeit in den höchsten Tönen. Und jetzt bringen diese drolligen Drachentöter nicht einmal mehr soviel Geld zusammen, um dafür die Müllhaufen vom Hofe ihres durch die Gnade der erstklassigen Bürgerschaftsmehrheit überhaupt nur noch existierenden Instituts entfernen lassen zu können. Die Geschichte der bürgerlichen Rechtsauskunftstelle in Lübeck ist nichts anderes als eine Kette von Blamagen der bürgerlichen Parteien.

Die gesetzliche Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit wurde gestern im Bürgerausschuß beraten und der Bürgerschaft die Vorlage des Senates in der von der Kommission vorgeschlagenen Form, die sich in der Hauptsache mit der Auffassung der Oberschulbehörde deckt, zur Mitgenehmigung empfohlen. Danach soll die feste Anstellung mit dem 25. Lebensjahr erfolgen. Die Beschlüsse sollen rückwirkende Kraft erhalten.

Aufgehobene Bekanntmachung. Das Medizinalamt hebt nunmehr seine am 21. Dezember 1911 erlassene Bekanntmachung wegen der Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche auf.

Wie schwer dürfen Postkarten sein? Postkarten, die von der Privatindustrie hergestellt sind, werden mehr und mehr benutzt, nicht nur als Ansichtskarte, sondern vor allem auch von der Geschäftswelt. Ursprünglich mußten alle Privatpostkarten den amtlichen Formularen nach Größe und Gewicht genau entsprechen. Die Postordnung von 1900 brachte dann die Erleichterung, daß sie in Form, Größe und Papierstärke nicht wesentlich abweichen dürfen. Die Postanstalten wurden ausdrücklich verständigt, daß sie sowohl bei den einfachen Privatpostkarten, als auch bei den Karten mit Antwort über kleinere Abweichungen von den amtlichen Formularen hinwegsehen dürfen. Es wurde lediglich vorgeschrieben, daß sie nicht kleiner als 10 mal 7 Zentimeter sein dürfen. Diese verständigen und verkehrsfreundlichen Vorschriften scheinen nun bei einem Teil des Heeres der Postbeamten auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Es war wohl notwendig, die Zulässigkeit der Abweichungen genau nach Maß und Gewicht vorzuschreiben. So wurde erst im vorigen Jahre bestimmt, daß Privatpostkarten bis zu ½ Zentimeter größer als die amtlichen sein und das Doppelte des Gewichts der amtlichen Karten nicht überschreiten dürfen. Aber auch diese genauere Vorschrift scheint noch nicht genügt zu haben. Neuerdings ist in der Dienstanweisung die Bestimmung hinzugefügt worden, daß Privatpostkarten bis zu 6 Gramm wiegen dürfen, wenn sie zur Beförderung im inneren Verkehr gegen die Postkartentaxe zugelassen werden sollen. Die amtliche Postkarte wiegt in der jetzigen Ausführung 2½ Gramm. Die neue Bestimmung geht also noch über die ältere Vorschrift.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 31. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 21, Luft 17, morgens 10 Uhr: Wasser 21½, Luft 22; mittags 12 Uhr: Wasser 21½, Luft 24; abends 6 Uhr: Wasser 21½, Luft 22 Grad Celsius.

pb. **Bootseigentümer gesucht.** Vor etwa 14 Tagen ist in der Nähe der Everschen Badeanstalt bei der Lachswehr ein grün gestrichenes, etwa 5 Meter langes und 1¼ Meter breites altes Ruderboot auf der Trave treibend gefunden worden. Es dürfte von Unbefugten benutzt worden sein. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich beim Polizeiamt zu melden.

pb. **300 Mk. verloren.** Am 31. vor. Mts., vormittags gegen 10 Uhr, hat ein Handlungslehrling auf dem Wege von dem Haupt-Postamt durch die Hüxstraße nach dem Hause Königstraße Nr. 71 einen weißen leinenen Geldbeutel mit 300 Mk. in Gold, zwei 3-Mark-Stücken und Nickelgeld verloren. Der Finder hat sich bisher noch nicht gemeldet.

---

e. **Stockelsdorf.** Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Dienstag abend bei Paetau, Fackenburg, statt. Aufgenommen wurden 3 Genossen und 2 Genossinnen. Zu Bibliothekaren wurden H. Niß und W. Meier gewählt. Den Kartellbericht gab Genosse E. Schröder. In Verschiedenem wurde vom Vorsitzenden noch auf das am 11. August hier stattfindende Lübecker Gewerkschaftsfest hingewiesen.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen, Freitag, von 5 bis 8 Uhr abends, im Lokale des Herrn Pinkert, „Transval", statt.

Ratekau. Eigenartige Zustände herrschen anscheinend in der Verwaltung der Gemeinde-Krankenkasse in West-Ratekau. Die Verwaltung besteht aus den Gemeinderatsmitgliedern, zurzeit Agrarier, und weiter aus von den Gemeinderatsmitgliedern gewählten Krankenaufsehern. Im März vorigen Jahres erkrankte das Kind des Arbeiters Kreutzfeld aus Seeretz. Der Kassenarzt war nicht aufzutreiben. Kreutzfeld teilte dies dem Krankenaufseher mit, und da der Zustand des Kindes sich verschlimmerte, wurde ihm zugestanden, daß er sich einen andern Arzt besorgen konnte. Als er aber nachher mit der Rechnung kam, wurde er von einem zum andern geschickt. Mit dem Troste, es würde in der nächsten Gemeinderatssitzung verhandelt werden, konnte er immer wieder nach Hause gehen. Zuletzt, trotz ärztlichen Attestes des Herrn Dr. Wolf, daß das Kind an Lungenentzündung schwer erkrankt und ärztliche Hilfe sofort dringend notwendig war, lehnte der Gemeinderat es ab, die Rechnung zu bezahlen. Wie der Gemeinderat zu dem Beschluß gekommen ist, bleibt vorläufig ein Rätsel. An den Arbeitern und Arbeiterinnen von West-Ratekau liegt es, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann Mitglied der Partei, Leser des Lübecker Volksboten wird, damit bei den im Herbst stattfindenden Gemeinderatswahlen klassenbewußte Männer in das Gemeindeparlament einziehen. Sorgt dafür! — Achtung Parteigenossen! Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins von Ratekau findet am Sonntag, dem 4. August, abends 7½ Uhr, im Lokale des Herrn Schnack in Hemmelsdorf statt. Da sich die Versammlung auch mit den kommenden Gemeinderatswahlen beschäftigen wird, ist es Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.

Plön. Vom Blitz erschlagen wurde beim Gewitter auf Pehmer Hof eine beim Melken auf der Koppel beschäftigte Frau sowie die Kuh. Auf demselben Hofe wurde eine Scheune durch den Blitz entzündet; sie ging in Flammen auf. Die das Gewitter begleitenden Regenschauer waren von solcher Heftigkeit, daß teilweise das Korn platt am Boden liegt.

Neumünster. Zum Bootsunglück auf dem Einfelder See, wobei neun Personen ihren Tod gefunden haben, ist weiter zu berichten, daß gestern während des ganzen Tages nach den im See liegenden Leichen gesucht wurde, ohne daß es möglich war, sie zu finden und in Sicherheit zu bringen. Das liegt namentlich daran, daß niemand die Stelle zu bezeichnen vermag, an der sich die Katastrophe ereignete. Der See weist bei einer Länge von 3500 Metern eine Breite von 800 und eine Tiefe von 4 bis 10 Metern auf. Es sind 6 Rettungsboote, sowie ein etwa 100 Meter langes Schleppnetz zur Stelle. Mit diesen Ausrüstungsgegenständen [illegible] am Donnerstag die Suche nach den Leichen fortgesetzt.

[] **Blankenese.** Die Ku[illegible]areaus für Streikbrecher scheinen schlechte Lage zu haben. Geringer Bedarf an „nützlichen Elementen" und starke Konkurrenz schädigen den sonst so profitablen Geschäftsbetrieb. Streiks werden gegenwärtig wenig geführt, und deshalb ist die Nachfrage nach Streikbrechern gering. Die skrupellosen Manager der Streikbrechervermittlungs-Bureaus sind deshalb gezwungen, die Lieferungen ihrer Stapelware streng vertraulich auf Vorrat anzupreisen, auch dort, wo ein Streik garnicht in Sicht ist. Der „Volkswacht" in Breslau fiel folgendes Angebot an eine große Firma in die Hände:

Streng vertraulich! Im Interesse der Sache ist strengste Diskretion erforderlich. Desgleichen wird höflichst ersucht, bei Beantwortung diesbezüglicher Schreiben keine Postkarten zu benutzen.

Blankenese, den 3. Juli 1912.

Ergebenst bezugnehmend auf die zeitweise auftretenden Lohnbewegungen in den verschiedenen Industrien, sowie der von der freigewerkschaftlichen Organisation betriebenen Lohntreiberei, erlaube ich mir, Ihnen meine Dienste zur Gestellung von Arbeitswilligen bei einem etwa ausbrechenden Streik der Arbeiter in Ihrem Betriebe anzubieten.

Ich war bereits für viele in- und ausländische Arbeitgeberverbände, industrielle Werke und staatliche Betriebe bei ausgebrochenen Streiks mit der Gestellung von Arbeitswilligen betraut, worüber mir beste Referenzen und behördlich beglaubigte Zeugnisse zur Seite stehen.

Bei einem eventuell ausbrechenden Streik in Ihrem Betriebe bin ich in der Lage, innerhalb 24 bis 48 Stunden bis zu 2000 arbeitswillige Arbeiter, Maschinisten, Heizer, Elektriker usw. zu stellen.

Sollten Sie auf mein Angebot reflektieren und sich für die Zukunft auf diese Weise sichern wollen, so ist wegen der Abschließung eines solchen Vertrages eine persönliche Unterredung unbedingt erforderlich und erbiete ich mich, sobald mich eine Reise in Ihre Gegend führt, auf Wunsch bei Ihnen vorzusprechen und dieserhalb mit Ihnen Rücksprache zu nehmen.

Zahlreiche Staatsbetriebe sowie Weltfirmen haben solche Verträge für die Zukunft abgeschlossen, damit, wenn ein Streik an diese herantritt, sie dann gesichert sind.

In der Anlage überreiche ich Ihnen eine Anzahl Anerkennungsschreiben über bisher ausgeführte Aufträge.

Ihrer geschätzten Nachricht entgegensehend, zeichnet

Hochachtungsvoll

Adolf Hesberg."

Nach Art der Heilmittelschwindler legen auch diese Seelenverkäufer ihren Prospekten Zeugnisabschriften der Abnehmer ihrer Ware bei, um die Tüchtigkeit ihres Geschäfts nachzuweisen. Auch diese Firma kann damit paradieren. Sie legt folgende Zeugnisabschriften bei:

Streng vertraulich!

Gent, den 1. Mai 1912.

Herrn Adolf Hesberg, Blankenese.

Ihrem Wunsche gemäß bestätigen wir Ihnen hiermit gerne, daß Sie die benötigten 480 Arbeitswilligen während des hiesigen Hafenarbeiterstreiks prompt innerhalb 36 Stunden zu unserer Verfügung gestellt haben, und daß dieselben bis zur Beendigung des Streiks die vorkommenden laufenden Arbeiten sowohl an Bord wie an Land verrichtet haben.

Hochachtungsvoll

Association de Interets Maritime de Gand.

J. A.: gez. Zeyen.

* * *

Herrn Adolf Hesberg, Blankenese.

Hiermit bestätigen wir Ihnen, daß sich von den mehreren hundert Arbeitswilligen, die Sie unseren Verbandsfirmen bei dem jetzigen Schiffahrtsstreik beschafft haben, die große Mehrzahl (!) als brauchbar und zuverlässig erwiesen hat.

Arbeitgeberverband der Rheinreedereien.

gez. Bitch.

* * *

Herrn Adolf Hesberg.

Blankenese bei Hamburg.

Anläßlich Ihrer Bitte (!), uns zu äußern über die von Ihrer Firma zuteil gewordene Hilfeleistung erklären wir gern, daß die Art und Weise, in welcher die Gestellung der Leute vor sich ging, und überhaupt die ganze Abwickelung eine sehr glatte war.

Die Organisation des ganzen ließ nichts zu wünschen übrig, und über das Benehmen der Leute haben wir zu Klagen keinen Anlaß.

Hochachtungsvoll

Steenkolen-Handelsvereeniging.

Filiaal Rotterdam.

Schlechte Zeiten für die Streikbrechervermittler! Nicht immer blüht ihr Weizen so wie beim Rheinschifferstreik, bei dem sie, wie diese Zeugnisse ausweisen, guten Absatz ihrer Ware fanden. 2000 Hintzebrüder kann die leistungsfähige Firma liefern. Hoffentlich liegen die nicht alle auf Lager, sie könnten sonst bei der Hitze leicht verderben, und das wäre schade, schon in Rücksicht auf ihre zukünftigen Ruhmestaten, die sie als nützliche Elemente noch dem Staate und den Scharfmachern leisten sollen.

Parchim. Abgesägt. Herr Dade, der durch ein Flugblatt auf rotem Papier die Sozialdemokraten des Kreises Parchim-Ludwigslust hat auffordern lassen, für ihn und nicht für die Freisinnigen zu stimmen, wird über Bord geworfen. Die konservative „Meckleub. Warte" schreibt:

Wir möchten erklären, daß nach unsern zuverlässigen Informationen eine Wiederaufstellung des Professors Dr. Dade seitens der konservativen Parteileitung als Reichstagskandidat nicht ins Auge gefaßt sein dürfte, und haben auch starken Grund zu der Annahme, daß in maßgebenden mecklenburgischen Kreisen des Bundes der Landwirte die gleiche Beurteilung des Sachverhalts herrscht, wie sie seitens der konservativen Wahlkreisleitung der konservativen Presse zum Ausdruck gelangt ist.

Die Konservativen halten eben auf Reinlichkeit und sie kennen kein Erbarmen für den, der gegen eins ihrer vornehmsten Gebote verstößt, das da lautet: Du sollst dich nicht erwischen lassen!

Geestemünde. Den Schwiegersohn erschossen. In dem Orte Hülseberg erschoß der Einwohner Prigge seinen Schwiegersohn, den Maurer Fiddenwitz, in der Notwehr. Dieser war erst ein Jahr verheiratet. Er soll seine Frau und das Kind oft mißhandelt haben. Nach einer Streiterei versuchte der Schwiegervater Ruhe zu stiften, er wurde aber sofort beim Eintreten mit einem Revolver bedroht. Prigge, der vorher gewarnt worden war, hatte sich ebenfalls mit einer Waffe versehen, von der er, als er bedroht wurde, Gebrauch machte und den Schwiegersohn auf der Stelle niederschoß. Der Totschläger stellte sich darauf selbst der Polizei.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die Proklamation der Wittelsbacher und ihrer derzeitigen Regierung ist also nicht auf eine Stufe zu stellen mit der so kläglich gescheiterten eigenen Empörung gegen die Vasallenrede, sondern sie ist ein Angriff auf die Reichseinheit und das Reichsrecht im Interesse der Willkürherrschaft der bayerischen Jesuitenregierung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Lästiger Erntesegen.

Die Berichte aus allen Gauen Deutschlands stimmen darin überein, daß die Ernte vortrefflich ausfällt. Die „Deutsche Tageszeitung" sieht sich nun veranlaßt, in dieses günstige Bild einen düsteren Ton hineinzubringen. Nach den Angaben des agrarischen Blattes sind die Aussichten keineswegs so günstig. Herr Oertel, der einstige Schulmeister, war selbst auf Reisen und kann nun konstatieren, daß der Ausfall der Getreideernte sehr verschieden ist, namentlich stehe es noch dahin, ob Menge und Gehalt der Körner den gehegten Hoffnungen entsprechen werde. Ob das Sommergetreide nur eine gute Ernte bringen werde, erscheint dem journalistischen Sachwalter der Brotwucherer sehr fraglich. Bei den Hackfrüchten, Rüben und Kartoffeln, kündigt er sogar die Möglichkeit einer Mißernte an. Der ungeheuerliche Artikel schließt mit den Sätzen:

„Das Gerede, daß der Bauer in diesem Jahre in Reichtum und Üppigkeit schwimme, ist demnach völlig haltlos. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß sich unsere Bedenken und Befürchtungen nicht bestätigen möchten; aber angesichts der Übertreibungen, die in der Presse laut werden, hielten wir es für unsere Pflicht, zur Vorsicht dringend zu mahnen."

Fehlt nur noch, daß die „Deutsche Tageszeitung" an die Regierung die Mahnung richtet, schleunigst eine Hilfsaktion für die notleidenden Agrarier vorzubereiten. Eine gute Ernte betrachten die Junker als einen Notstand, sie fürchten ein Sinken der Preise, namentlich dann, wenn die Welternte gut ausfällt, und das ist offenbar in diesem Jahre der Fall. Wenn aber bei den Kartoffeln wirklich die von Herrn Oertel in Aussicht gestellte Mißernte befürchtet werden muß, dann ist es unbedingt notwendig, daß der Kartoffelzoll bis zu der nächstjährigen Ernte suspendiert wird. Daß der Bundesrat das kann, hat er im Vorjahre bewiesen, und er darf mit dieser Maßnahme nicht warten, bis der Reichstag wieder versammelt ist. Allerdings wird dann die „Deutsche Tageszeitung" schleunigst beweisen, daß wir an Kartoffeln einen ungeheuren Überfluß haben. Das Treiben der Lebensmittelwucherer wird in der Tat immer gemeingefährlicher.

Zu Kardinal Fischers Tode.

Kardinal-Erzbischof D. Antonius Fischer, der am 30. Juli in Neuenahr verstarb, wurde im Jahre 1840 als der Sohn eines Volksschullehrers in Jülich im Rheinland geboren, war 25 Jahre lang Religionslehrer am Gymnasium in Essen, und wurde vor 25 Jahren Weihbischof, vor 10 Jahren Erzbischof von Köln. Seine vor 9 Jahren erfolgte Ernennung zum Kardinal verdankt er der Gunst Wilhelm II., und man hat ihn damals mit Recht spöttisch als den „königlich-preußischen Kardinal" bezeichnet. Er pflegte Wilhelm II. in geradezu byzantinischer Form in seinen Festreden zu feiern. Einmal behauptete Kardinal Fischer, Wilhelm II. habe etwas von dem Geiste Karls des Großen, und er nannte Wilhelm II. und den Papst die „beiden größten Herrscher der Gegenwart". Auch sprach Kardinal Fischer von Wilhelm II. meistens als von „unserem erhabenen" oder „unserem herrlichen" Kaiser; einem solchen Herrscher zu dienen, sei eine freudige Herzensangelegenheit."

Den Besitzlosen gegenüber sprach der Kardinal in seinem ersten Hirtenbrief als von den „Geringen, die durch Gottes weise Vorsehung ein Leben der Armut, der Niedrigkeit, der Entsagung und der demütigen Arbeit führen". Er sprach von den Tugenden der Armut und dem Laster der Habsucht; aber niemals richtete er seine Worte an die millionenschweren Männer Bachem, Trimborn, Wilkens usw., bei denen er häufig zu Tische saß.

Kardinal Fischers politische Anschauungen waren konservativ, ja beinahe feudal, trotz seiner proletarischen Herkunft. Seine Stellung der Wissenschaft gegenüber wird charakterisiert durch den Ausspruch, den er anläßlich des Katholikentages in Düsseldorf tat: „Soweit der Himmel über der Erde steht, so hoch steht der Glaube über der Wissenschaft." Kardinal Fischer wurzelte vollständig in den religiösen Anschauungen des Mittelalters; er förderte die Heiligenverehrung und den Reliquienkult, und vollzog unter großem Prunk die feierliche Krönung einer eigentlich für den Kölner Dom beschafften Mutter-Gottes-Statue. Er betrieb auch die Seligsprechung der Christina von Stommeln, eines hysterischen, an Halluzinationen leidenden Frauenzimmers aus dem 13. Jahrhundert, von dem die Legende behauptet, mit ihrem Leib seien nicht weniger als sechsundachtzigtausend Teufel in die Hölle gefahren.

Dieser Geistesbeschaffenheit des Kardinals entsprach die Erziehung, die er dem Klerus zuteil werden ließ. Das zu der Universität Bonn gehörende Konvikt wurde durch Kardinal Fischer von der Universität fast völlig getrennt; die Studenten wurden gleich Gefangenen behandelt und ihre Lektüre usw. wurde aufs schärfste überwacht. Auch wurden die Studenten völlig im Geiste des tiefsten Mittelalters erzogen. Über die Geistlichen übte der Kardinal eine förmliche Zwangsherrschaft aus; er bevormundete sie wie Schulbuben. Bei Kirchenreisen gebot er, daß man ihn mit fürstlichem Pomp empfange, und einmal hat er es den Bonner Theologie-Professoren sehr übel vermerkt, daß sie nicht gleich dem sonstigen Klerus an der Stadtgrenze von Bonn zu seinem Empfange erschienen waren.

Merkwürdigerweise war dieser religiöse Eiferer ein Förderer der Bachemschen Richtung, statt der von den Kirchenfürsten Kropp und Korum protegierten katholischen Arbeitervereine. Dies rührte daher, daß Kardinal Fischers ganzes Sinnen und Trachten auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie gerichtet war, die er ganz im Stile des Reichsverbandes betätigte. Es sei daran erinnert, daß, als vor einer Reihe von Jahren Genosse Bebel in seiner Geburtsstadt Köln gesprochen hatte, Kardinal Fischer bald nachher in einem Hirtenbriefe von einem „bekannten, von außen gekommenen Parteiführer" sprach, dem er Verursachung maßlosen Ärgernisses und frecher Gotteslästerung vorwarf.

Fischers Standpunkt gegenüber den christlichen Gewerkschaften entsprach sicherlich nicht seiner wahren Gesinnung, sondern entsprang nur seinem staatserhaltenden Instinkte.

Der neue Erzbischof ist innerhalb drei Monaten von dem sogenannten Domkapitel zu wählen.

Die trübe Quelle der Handelskammer.

Der Deutsche Handelstag hat bekanntlich eine Umfrage an seine Mitglieder, die Handelskammern, ergehen lassen darüber, ob nach deren Erfahrung der Schutz der Arbeitswilligen bei Streiks mangelhaft sei und man dies auf das Fehlen ausreichender gesetzlicher Bestimmungen oder auf die ungenügende Handhabung der vorhandenen Bestimmungen oder worauf sonst zurückzuführen habe. Die Umfrage war veranlaßt von den kapitalistischen Scharfmachern aller Schattierungen, die ein Interesse haben an der gesetzlichen Lahmlegung der modernen Arbeiterbewegung durch ein Zuchthausgesetz. Charakteristisch ist nun, daß diese Scharfmacher eine Institution um Scharfrichterhilfe angingen, die doch für die vorliegende Frage weniger kompetent ist, denn der Handelstag und die Handelskammern haben doch in erster Linie Fragen des Handels und Verkehrs zu lösen. Die Flucht der industriellen Scharfmacher zu den Handelsherren, die beide allerdings vielfach ein und dieselben Personen sind, beweist, wie oberfaul es mit dem Material für die geplante Zuchthausvorlage steht.

Wie berechtigt aber der Zweifel in die Kompetenz der Handelskammern zur Lösung der vorliegenden Frage ist, wird durch einen Bericht der Elberfelder Handelskammer bewiesen. Es heißt darin: „Die Handelskammer hat zur Beratung dieser Fragen des Handelstages eine besondere Kommission eingesetzt, welche am 23. d. Mts. getagt hat. Herr Richard Lohe jun. berichtet über die Ergebnisse dieser Kommissionsberatung und hebt hervor, daß je länger je mehr die Überzeugung in Arbeiter- und Arbeitnehmerkreisen durchgedrungen sei, daß der jetzige Schutz der Arbeitswilligen durch Gesetzgebung und Verwaltung durchaus unzulänglich sei. Auf der neulichen Tagung der sich erfreulich entwickelnden nationalen Arbeiterverbände (der sogenannten „Gelben") in Essen, an der er als Vertreter der Kammer teilgenommen habe, sei dringend ein besserer Schutz der Arbeitswilligen und vor allem ein Verbot des Streikpostenstehens gefordert worden. Die Erfahrungen bei den Streiks der letzten Jahre in Elberfeld, die dabei vorgekommenen Belästigungen der Arbeitswilligen und sogar ihrer Frauen und Kinder auf der Straße und in ihren eigenen Wohnungen hätten gelehrt, daß etwas geschehen müsse, und der Kommission der Kammer die Überzeugung aufgedrängt, daß die frühere Ablehnung des Verbots des Streikpostenstehens durch die Kammer nicht mehr aufrechterhalten werden dürfe."

Nach diesem Bericht, den die „Rhein.-Westfäl. Ztg." veröffentlicht, hat also die Elberfelder Handelskammer ihre Wissenschaft zur Beurteilung der Frage des Arbeitswilligenschutzes von den gelben Arbeiterorganisationen geholt. Was dort von den Günstlingen und Schützlingen der Scharfmacher gesagt wurde, war der Handelskammer Evangelium. Und mit so gewonnenem Material sollen die Arbeiterorganisationen vernichtet werden!

Mindereinnahmen bei der Reichspost.

Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung haben im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres 179,1 Mill. Mk., die der Reichseisenbahnverwaltung 36 Mill. Mk. betragen. Die monatliche Durchschnittseinnahme hat danach bei der ersteren Verwaltung bisher rund 60 Mill. Mk., bei der letzteren 12 Mill. Mk. ausgemacht. Im Etat ist der Monatsdurchschnitt bei der Post mit rund 66 Mill. Mk., bei der Reichseisenbahn mit rund 12 Mill. Mk. zum Ansatz gebracht.

Zum jüngsten Marokko-Konflikt.

Die „Braunschw. Landesztg." hatte gemeldet, die deutsche Regierung werde die marokkanischen Behörden für den Mord an dem Deutschen Opitz in vollem Umfange schadenersatzpflichtig machen. Demgegenüber erfährt die B. Z. an amtlicher Stelle, daß zunächst an die deutschen Konsularbehörden in Marokko die Aufforderung ergangen sei, über die Vorgänge genaue Untersuchungen zu erheben. Erst nachdem die Ermittlungen beendet und man genau darüber unterrichtet sein wird, auf welche Weise Opitz ums Leben gekommen ist, können eventl. Schadenersatzansprüche gestellt werden. Bei der französischen Regierung seien die nötigen Schritte zur Ermittelung eingeleitet worden.

Altliberale Reichsparteiler.

In Augsburg fand auf Veranlassung einiger mit der jetzigen Leitung der liberalen Partei nicht einverstandenen Altliberalen eine Versammlung statt, in welcher nach einem Referat des aus der liberalen Partei ausgetretenen Fabrikdirektors Tafel in Nürnberg und des Reichsverbandsgenerals Reichstagsabgeordneten v. Liebert eine Ortsgruppe der Reichspartei gegründet wurde. An der Versammlung nahmen durchweg Fabrikanten und Fabrikdirektoren teil, als Staffage mußten die Vorstandsmitglieder der gelben Werkvereine dienen. Fabrikdirektor Tafel führte in seiner Rede aus, „daß die Reichspartei nicht viel auf Volkstümlichkeit ihres Programms gibt, sie schaue vielmehr darauf, daß ihr Programm richtig ist" — d. h., daß die Interessen des Geldbeutels und seiner Besitzer in erster Linie geschützt und gewahrt werden.

Protest gegen tschechische Praktiken.

Die sächsische Regierung hat in Wien Vorstellungen erhoben wegen der willkürlichen Beeinflussung des Wasserstandes der Elbe. Die sächsische Regierung führt dies darauf zurück, daß tschechische Strombeamte am Oberlauf der Elbe Stauungen des Elbwassers vornehmen und damit einen niedrigen Wasserstand auf der sächsischen Strecke herbeiführen, durch den die Schiffahrt stark behindert wird.

Der Streit im Zentrum.

In ihrer Nr. 36 vom 29. Juli befaßt sich die antibachemitische „Kölner Korrespondenz" mit der Anregung der „Kölnischen Volkszeitung", einen Gesamtverband katholischer Turnsektionen Deutschlands zu bilden. Die „Kölner Korrespondenz" wundert sich, daß also die Bachemiten das Turnen konfessionalisieren wollen, wie dies bezüglich der Schützengilden, Kegelklubs usw. geschehen sei, aber die „wichtigsten Weltanschauungsorganisationen der Katholiken" auf dem Boden einer nichtkatholischen, „schwindelhaften, sogenannten christlichen Basis" stehen sollen. Sie findet die Erklärung dafür in folgendem: „Auf katholischer Seite weiß jeder Eingeweihte, daß die gesamte Vereinstätigkeit der Katholiken auf die Stärkung des Zentrums konzentriert ist. Ungefähr alles, was in den Vereinigungen der Katholiken unter konfessioneller oder nichtkonfessioneller Flagge geschieht, dient in letzter Linie dem Parteizweck. Das ist unter Zentrumskatholiken eine jener Selbstverständlichkeiten, die man nicht ausspricht. Nun wissen die Machthaber im Zentrum ganz genau, daß das Zentrum auf katholischem Boden steht, wo die Wurzeln seiner Kraft ruhen. Diese der Zentrumswählerschaft in Fleisch und Blut übergegangene Überzeugung von der katholischen Weltanschauung des Zentrums ist sobald nicht zu vertilgen. Deshalb — so denken sich die „Kölner" — kann man dem Zentrum, den Windhorstbunden und sonstigen auf katholischer Basis stehenden Organisationen die äußere katholische Etikette nehmen und der Außenwelt vorgaukeln, sie hätten mit dem Katholizismus absolut nichts zu tun. Die Turnvereine aber, die als solche weder katholisch noch protestantisch sind, müssen durch die äußere Etikette an die Partei festgelegt werden. Gerade dieses Janusgesicht der dominierenden Kölner Richtung ist uns zuwider. Wir wollen Wahrheit und Klarheit, besonders im Zentrum, der bei weitem wichtigsten Organisation deutscher Katholiken. Und diese Wahrheit soll so sein, daß sie sich auch vor den Gegnern des Zentrums sehen lassen kann."

Neue Landtagsauflösung in Schwarzburg-Rudolstadt.

Aus Rudolstadt wird der bürgerlichen Presse berichtet, daß es, da die sozialdemokratische Landtagsfraktion dem von der Regierung dekretierten Gesetz über die Beamtenteuerungszulagen unter keinen Umständen zustimmen wird, deshalb vielleicht schon in einer der ersten Sitzungen zur Landtagsauflösung kommt. Angesichts der im Lande herrschenden gespannten Lage ist die sozialdemokratische Landtagsfraktion zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Schritte zu beraten, die bei der Eröffnung des Landtages am 4. September zu tun sind. Bezüglich der von der Regierung ohne die Genehmigung des Landtages dekretierten Beamtenteuerungszulagen ist die Fraktion der Ansicht, daß es sich hierbei um einen glatten Verfassungsbruch handelt, und die Fraktion diesem Gesetz unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben wird.

In einem Aufruf im Saalfelder „Volksblatt" verurteilt die neugewählte Fraktion scharf das verfassungswidrige Vorgehen der Rudolstädtischen Regierung. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Diese Provokation seitens der Regierung als Antwort auf die Landtagswahl und den dadurch bekundeten Willen der Wähler zeigt, daß der Kampf in unserem Lande um die Rechte des Volkes nicht erledigt ist, sondern erst recht beginnt. Darum auf den Posten Wähler! Rüttelt die Säumigen auf, zeigt ihnen, wie gewaltsam der Landtag und die Wähler beiseite geschoben und die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zertrümmert werden sollen. Rüstet zu neuer Wahl! Erhebt abermals wuchtigen Protest gegen das Vorgehen der Regierung! Zeigt, daß Ihr Eure Rechte zu wahren wißt! Hoch die Verfassung, nieder die Reaktion!"

Türkei.

Die Wirren auf dem Balkan. Die jungtürkischen Führer erschienen Montag abend bei dem Großwesir und erklärten, ihre Partei könne die gesetzmäßige Auflösung der Kammer annehmen unter der Bedingung, daß die unparteiische Durchführung der Neuwahlen garantiert und dasselbe Verwaltungspersonal beibehalten werde. Der Großwesir erwiderte, er werde seine Kollegen zu Rate ziehen. Die Jungtürken glauben, daß sie dank ihrer Organisation bei den Wahlen die Majorität erhalten würden. Es verlautet, daß sie als Bürgschaft für die Unparteilichkeit einen andern Minister des Innern wünschen. Man nennt Hussein Hilmi Pascha, zu dem die Jungtürken Vertrauen zu hegen scheinen.

Der „Neuen Freien Presse" wird aus Konstantinopel gemeldet: Alle hiesigen Ortsgruppen des jungtürkischen Komitees werden im Auftrage der Regierung überwacht, ebenso das Haus des früheren Ministers des Innern, Hadschi Adil, wo Zusammenkünfte komiteetreuer Offiziere stattfinden. Zwei dieser Offiziere sind verhaftet worden.

Die militärische Depeschenzensur ist endgültig aufgehoben worden. Die zivile Zensur wurde wieder eingeführt. Der Grund dieser Maßnahme ist unbekannt. Die Korrespondenten der Presse unternehmen in dieser Angelegenheit Schritte beim Großwesir.

Die Unterhandlungen der Kommission mit den Arnauten in Prischtina waren bisher erfolglos. Die Arnautenführer lehnen weitere Verhandlungen ab, solange die Kammer nicht aufgelöst ist. Der Kommission ist es gelungen, die Arnauten zu veranlassen, die Märkte wieder zu öffnen.

Die Regierung hat beschlossen, die militärischen Gouverneure durch Zivilgouverneure zu ersetzen. Der türkische Gesandte in Athen, Mukhtar Bey, und der Wali von Bagdad, Dschemal, die beide der jungtürkischen Partei angehören, haben ihre Ämter niedergelegt.

Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr erschien das gesamte Kabinett, mit Ausnahme von Kiamil und Nazim

Pascha, und übergab dem Präsidenten einen Dringlichkeitsantrag auf Änderung des Artikels 7 der Verfassung, betreffend das Recht des Sultans zur Auflösung der Kammer. Die Regierung verlangt, dem Sultan das Recht zu geben, die Kammer, falls ungewöhnliche Umstände vorliegen, aufzulösen, nachdem der Senat gleichfalls sich dafür ausgesprochen hat. Die Beratung darüber ist noch nicht beendet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 1. August.

Der Bürgerausschuß bewilligte gestern für die Beteiligung an der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig 1913 die Summe von 6000 Mk. Im Verlaufe der Beratung beantragte v. Schack: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, ihm eine Aufstellung darüber zugehen zu lassen, welche Kosten in den letzten drei Jahren durch Beschickung von Kongressen und Ausstellungen entstanden sind, und zwar für jeden Kongreß und jede Ausstellung getrennt. Der Bürgerausschuß beschloß, dieses Ersuchen an den Senat zu richten. — An eine Kommission verwiesen wurden die Senatsanträge betreffend Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Drainageleitung in dem zur Abhaltung des Tagewassers von den Grundstücken der Torstraße zu Travemünde hergestellten Graben sowie betreffend Festsetzung der Bauweise für eine Strecke der Schönböckener Straße. Gutachtlich befürwortet wurde die vom Senat beantragte Beleuchtung des Fahrwassers der Trave von Lübeck bis Travemünde, deren Kosten auf 34 000 Mk. veranschlagt sind. Hermann Eschenburg beantragte: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, die für die Herstellung einer Gasbeleuchtung auf der Trave vorzunehmenden Versuche so zu beschleunigen, daß noch im kommenden Winter, spätestens bis Ende Dezember dieses Jahres, die Gasbeleuchtung des Fahrwassers hergestellt sein kann. Dies Ersuchen beschloß der Bürgerausschuß an den Senat zu richten. Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurde ferner die Herstellung eines Kohlenlöschplatzes unterhalb des Konstinplatzes, der Voranschlag für das Forstwirtschaftsjahr 1912-13, der Bau eines zweiten Schulhauses in Schlutup mit einem Kostenaufwande von 113 200 Mk. Im letzteren Falle beantragt der Senat, 1. daß auf dem im Staatsbesitz befindlichen etwa 3040 qm großen Platz hinter den Grundstücken Nr. 68 bis 76 der Lübecker Straße in Schlutup ein zweites Schulgebäude nach Maßgabe des Planes und Kostenanschlages des Baudirektors Baltzer vom 30. April 1912 mit einem Kostenaufwande von 113 200 Mark errichtet und die erste Baurate mit 45 000 Mk. für das laufende Rechnungsjahr angewiesen, die zweite mit 68 200 Mark in den Abschnitt für Volksschulbauten des Budgets für 1913 eingestellt werde; 2. daß der Schulgemeinde Schlutup gestattet werde, die ihr obliegende Verpflichtung zur Hergabe des Bauplatzes durch Zahlung eines Betrages von rund 3040 Mk. an das Finanzdepartement abzulösen. Mitgenehmigt wurde der Verkauf eines Areals in Schlutup an den Maurermeister Schmidt, der staatsseitige Erwerb eines Areals an der St.-Lorenz-Straße in Travemünde, der Verkauf eines Areals an der Elswigstraße an den Kunst- und Handelsgärtner W. Blauert, sowie der Ankauf eines Teiles des Grundstückes Mengstraße 16 und Fünfhausen 27-35 (für 6750 Mark.)

Instandsetzung einer kunsthistorisch wertvollen Hausfassade auf Staatskosten. Der Senat legte dem Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung folgendes Dekret vor: Der Konservator der Lübeckischen Bau- und Kunstdenkmäler, Baudirektor Baltzer, hat der Baudeputation berichtet, daß eine der kunsthistorisch wertvollsten Hausfassaden unserer Stadt, die des Hauses Fischstraße Nr. 34, in ihrem Bestande gefährdet ist und daß der Eigentümer des Hauses sich außer Stande sieht, die erforderlichen Reparaturen seinerseits auszuführen. Die Kosten sind auf 3150 Mk. veranschlagt. Die Baudeputation hat beantragt, daß dieser Betrag aus öffentlichen Mitteln unter der Bedingung zur Verfügung gestellt werde, daß eine dingliche Verpflichtung folgenden Wortlautes in das Grundbuch zu Gunsten des Staates eingetragen wird: „Die Fassade des Hauses Fischstraße Nr. 34 darf ohne Genehmigung des Senates weder vernichtet oder dem Verfall preisgegeben, noch in ihrem Bestande oder Äußeren verändert, insbesondere auch nicht wiederhergestellt, übertüncht oder bemalt werden. Wenn der Staat auf seine Kosten Untersuchungen oder Erhaltungsarbeiten der Fassade vornehmen will, hat der Eigentümer sie zu dulden." Der Eigentümer hat sich bereit erklärt, diese Verpflichtung nach der Beschwerung des Grundstückes in Höhe von 32 000 Mk. eintragen zu lassen. Eine bessere Lage für diese Note hat sich durch die eingeleiteten Verhandlungen nicht erreichen lassen. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu folgen, und stellt daher zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß der Baudeputation der Betrag von 3150 Mk. zur Verfügung gestellt werde, um die Fassade des Hauses Fischstraße Nr. 34, gegen Eintragung einer ihre dauernde Erhaltung sichernden Note im Grundbuch nach der Beschwerung des Grundstückes in Höhe von 32 000 Mk. wiederherzustellen. Auf Antrag von v. Schack wurde die Verhandlung dieses Gegenstandes bis zur nächsten ordentlichen Sitzung ausgesetzt.

Weitere Staatsmittel für die Rechtsauskunftstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beantragte der Senat gestern wieder einmal beim Bürgerausschuß, dem er folgendes Dekret vorlegte: Die Leitung der öffentlichen Rechtsauskunftstelle hat beim Finanzdepartement beantragt, die von der Rechtsauskunftstelle benutzten Räume im Hause Parade Nr. 1, die sich in einem schlechten baulichen Zustande befinden, wiederherstellen zu lassen. Die Instandsetzungsarbeiten werden 1450 Mk. betragen. Hierzu kommen noch die Kosten für eine bescheidene Instandsetzung des Vordergartens und der Einfriedigung sowie die Entfernung der Müllhaufen auf dem Hofe mit 150 Mk. hinzu, sodaß das Gesamterfordernis sich auf 1600 Mk. belaufen wird. Es handelt sich um bauliche Instandsetzungsarbeiten in 10 Zimmern, dem Klosettraum, dem Vorplatz und Haupteingang sowie Herrichtung einer Schreibstube an Stelle des jetzigen Kohlenraumes. Dem Finanzdepartement stehen auf Grund des Voranschlages für die bauliche Unterhaltung des Gesamtgrundstückes Parade Nr. 1 nur 1200 Mk. zur Verfügung, aus denen die beantragten Instandsetzungsarbeiten nicht bestritten werden können. Nach eingehender Beratung und nachdem es vergeblich versucht worden ist, der Rechtsauskunftstelle in anderen städtischen Häusern Räume zur Verfügung zu stellen, hat das Finanzdepartement beim Senat beantragt, ihm zur Instandsetzung der von der Rechtsauskunftstelle benutzten Räume im Hause Parade Nr. 1 die erforderlichen Mittel von Mk. 1600 baldtunlichst zur Verfügung zu stellen. Mit dem Finanzdepartement ist der Senat der Ansicht, daß die Aufwendung von Mk. 1600 für die Instandsetzung der jetzt von der Rechtsauskunftstelle im Hause Parade Nr. 1 benutzten Räume gerechtfertigt ist, da die Räume sich zurzeit in einem schlechten baulichen Zustand befinden und einer Instandsetzung dringend bedürfen. Auch die von der Baudeputation hierfür veranschlagte Summe von Mk. 1600 erscheint nicht zu hoch. Der Bürgerausschuß bewilligte diese Summe. Als die bürgerlichen Parteien s. Zt. die bürgerliche Rechtsauskunftstelle gründeten, um damit dem Arbeitersekretariat das Wasser abzugraben, da sangen sie von ihrer eigenen Opferwilligkeit in den höchsten Tönen. Und jetzt bringen diese drolligen Drachentöter nicht einmal mehr soviel Geld zusammen, um dafür die Müllhaufen vom Hofe ihres durch die Gnade der erstklassigen Bürgerschaftsmehrheit überhaupt nur noch existierenden Instituts entfernen lassen zu können. Die Geschichte der bürgerlichen Rechtsauskunftstelle in Lübeck ist nichts anderes als eine Kette von Blamagen der bürgerlichen Parteien.

Die gesetzliche Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit wurde gestern im Bürgerausschuß beraten und der Bürgerschaft die Vorlage des Senates in der von der Kommission vorgeschlagenen Form, die sich in der Hauptsache mit der Auffassung der Oberschulbehörde deckt, zur Mitgenehmigung empfohlen. Danach soll die feste Anstellung mit dem 25. Lebensjahr erfolgen. Die Beschlüsse sollen rückwirkende Kraft erhalten.

Aufgehobene Bekanntmachung. Das Medizinalamt hebt nunmehr seine am 21. Dezember 1911 erlassene Bekanntmachung wegen der Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche auf.

Wie schwer dürfen Postkarten sein? Postkarten, die von der Privatindustrie hergestellt sind, werden mehr und mehr benutzt, nicht nur als Ansichtskarte, sondern vor allem auch von der Geschäftswelt. Ursprünglich mußten alle Privatpostkarten den amtlichen Formularen nach Größe und Gewicht genau entsprechen. Die Postordnung von 1900 brachte dann die Erleichterung, daß sie in Form, Größe und Papierstärke nicht wesentlich abweichen dürfen. Die Postanstalten wurden ausdrücklich verständigt, daß sie sowohl bei den einfachen Privatpostkarten, als auch bei den Karten mit Antwort über kleinere Abweichungen von den amtlichen Formularen hinwegsehen dürfen. Es wurde lediglich vorgeschrieben, daß sie nicht kleiner als 10 mal 7 Zentimeter sein dürfen. Diese verständigen und verkehrsfreundlichen Vorschriften scheinen nun bei einem Teil des Heeres der Postbeamten auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Es war wohl notwendig, die Zulässigkeit der Abweichungen genau nach Maß und Gewicht vorzuschreiben. So wurde erst im vorigen Jahre bestimmt, daß Privatpostkarten bis zu ½ Zentimeter größer als die amtlichen sein und das Doppelte des Gewichts der amtlichen Karten nicht überschreiten dürfen. Aber auch diese genauere Vorschrift scheint noch nicht genügt zu haben. Neuerdings ist in der Dienstanweisung die Bestimmung hinzugefügt worden, daß Privatpostkarten bis zu 6 Gramm wiegen dürfen, wenn sie zur Beförderung im inneren Verkehr gegen die Postkartentaxe zugelassen werden sollen. Die amtliche Postkarte wiegt in der jetzigen Ausführung 2½ Gramm. Die neue Bestimmung geht also noch über die ältere Vorschrift.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 31. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 21, Luft 17, morgens 10 Uhr: Wasser 21½, Luft 22; mittags 12 Uhr: Wasser 21½, Luft 24; abends 6 Uhr: Wasser 21½, Luft 22 Grad Celsius.

pb. **Bootseigentümer gesucht.** Vor etwa 14 Tagen ist in der Nähe der Everschen Badeanstalt bei der Lachswehr ein grün gestrichenes, etwa 5 Meter langes und 1¼ Meter breites altes Ruderboot auf der Trave treibend gefunden worden. Es dürfte von Unbefugten benutzt worden sein. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich beim Polizeiamt zu melden.

pb. **300 Mk. verloren.** Am 31. vor. Mts., vormittags gegen 10 Uhr, hat ein Handlungslehrling auf dem Wege von dem Haupt-Postamt durch die Hüxstraße nach dem Hause Königstraße Nr. 71 einen weißen leinenen Geldbeutel mit 300 Mk. in Gold, zwei 3-Mark-Stücken und Nickelgeld verloren. Der Finder hat sich bisher noch nicht gemeldet.

---

e. **Stockelsdorf.** Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Dienstag abend bei Paetau, Fackenburg, statt. Aufgenommen wurden 3 Genossen und 2 Genossinnen. Zu Bibliothekaren wurden H. Niß und W. Meier gewählt. Den Kartellbericht gab Genosse C. Schröder. In Verschiedenem wurde vom Vorsitzenden noch auf das am 11. August hier stattfindende Lübecker Gewerkschaftsfest hingewiesen.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen, Freitag, von 5 bis 8 Uhr abends, im Lokale des Herrn Pinkert, „Transval", statt.

Ratekau. Eigenartige Zustände herrschen anscheinend in der Verwaltung der Gemeinde-Krankenkasse in West-Ratekau. Die Verwaltung besteht aus den Gemeinderatsmitgliedern, zurzeit Agrarier, und weiter aus von den Gemeinderatsmitgliedern gewählten Krankenaufsehern. Im März vorigen Jahres erkrankte das Kind des Arbeiters Kreutzfeld aus Seeretz. Der Kassenarzt war nicht aufzutreiben. Kreutzfeld teilte dies dem Krankenaufseher mit, und da der Zustand des Kindes sich verschlimmerte, wurde ihm zugestanden, daß er sich einen andern Arzt besorgen konnte. Als er aber nachher mit der Rechnung kam, wurde er von einem zum andern geschickt. Mit dem Troste, es würde in der nächsten Gemeinderatssitzung verhandelt werden, konnte er immer wieder nach Hause gehen. Zuletzt, trotz ärztlichen Attestes des Herrn Dr. Wolf, daß das Kind an Lungenentzündung schwer erkrankt und ärztliche Hilfe sofort dringend notwendig war, lehnte der Gemeinderat es ab, die Rechnung zu bezahlen. Wie der Gemeinderat zu dem Beschluß gekommen ist, bleibt vorläufig ein Rätsel. An den Arbeitern und Arbeiterinnen von West-Ratekau liegt es, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann Mitglied der Partei, Leser des Lübecker Volksboten wird, damit bei den im Herbst stattfindenden Gemeinderatswahlen klassenbewußte Männer in das Gemeindeparlament einziehen. Sorgt dafür! — Achtung Parteigenossen! Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins von Ratekau findet am Sonntag, dem 4. August, abends 7½ Uhr, im Lokale des Herrn Schnack in Hemmelsdorf statt. Da sich die Versammlung auch mit den kommenden Gemeinderatswahlen beschäftigen wird, ist es Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.

Plön. Vom Blitz erschlagen wurde beim Gewitter auf Pehmer Hof eine beim Melken auf der Koppel beschäftigte Frau sowie die Kuh. Auf demselben Hofe wurde eine Scheune durch den Blitz entzündet; sie ging in Flammen auf. Die das Gewitter begleitenden Regenschauer waren von solcher Heftigkeit, daß teilweise das Korn platt am Boden liegt.

Neumünster. Zum Bootsunglück auf dem Einfelder See, wobei neun Personen ihren Tod gefunden haben, ist weiter zu berichten, daß gestern während des ganzen Tages nach den im See liegenden Leichen gesucht wurde, ohne daß es möglich war, sie zu finden und in Sicherheit zu bringen. Das liegt namentlich daran, daß niemand die Stelle zu bezeichnen vermag, an der sich die Katastrophe ereignete. Der See weist bei einer Länge von 3500 Metern eine Breite von 800 und eine Tiefe von 4 bis 10 Metern auf. Es sind 6 Rettungsboote, sowie ein etwa 100 Meter langes Schleppnetz zur Stelle. Mit diesen Ausrüstungsgegenständen [illegible] am Donnerstag die Suche nach den Leichen fortgesetzt.

[] **Blankenese.** Die Ku[illegible]reaus für Streikbrecher scheinen schlechte Lage zu haben. Geringer Bedarf an „nützlichen Elementen" und starke Konkurrenz schädigen den sonst so profitablen Geschäftsbetrieb. Streiks werden gegenwärtig wenig geführt, und deshalb ist die Nachfrage nach Streikbrechern gering. Die skrupellosen Manager der Streikbrechervermittlungs-Bureaus sind deshalb gezwungen, die Lieferungen ihrer Stapelware streng vertraulich auf Vorrat anzupreisen, auch dort, wo ein Streik garnicht in Sicht ist. Der „Volkswacht" in Breslau fiel folgendes Angebot an eine große Firma in die Hände:

Streng vertraulich! Im Interesse der Sache ist strengste Diskretion erforderlich. Desgleichen wird höflichst ersucht, bei Beantwortung diesbezüglicher Schreiben keine Postkarten zu benutzen.

Blankenese, den 3. Juli 1912.

Ergebenst bezugnehmend auf die zeitweise auftretenden Lohnbewegungen in den verschiedenen Industrien, sowie der von der freigewerkschaftlichen Organisation betriebenen Lohntreiberei, erlaube ich mir, Ihnen meine Dienste zur Gestellung von Arbeitswilligen bei einem etwa ausbrechenden Streik der Arbeiter in Ihrem Betriebe anzubieten.

Ich war bereits für viele in- und ausländische Arbeitgeberverbände, industrielle Werke und staatliche Betriebe bei ausgebrochenen Streiks mit der Gestellung von Arbeitswilligen betraut, worüber mir beste Referenzen und behördlich beglaubigte Zeugnisse zur Seite stehen.

Bei einem eventuell ausbrechenden Streik in Ihrem Betriebe bin ich in der Lage, innerhalb 24 bis 48 Stunden bis zu 2000 arbeitswillige Arbeiter, Maschinisten, Heizer, Elektriker usw. zu stellen.

Sollten Sie auf mein Angebot reflektieren und sich für die Zukunft auf diese Weise sichern wollen, so ist wegen der Abschließung eines solchen Vertrages eine persönliche Unterredung unbedingt erforderlich und erbiete ich mich, sobald mich eine Reise in Ihre Gegend führt, auf Wunsch bei Ihnen vorzusprechen und dieserhalb mit Ihnen Rücksprache zu nehmen.

Zahlreiche Staatsbetriebe sowie Weltfirmen haben solche Verträge für die Zukunft abgeschlossen, damit, wenn ein Streik an diese herantritt, sie dann gesichert sind.

In der Anlage überreiche ich Ihnen eine Anzahl Anerkennungsschreiben über bisher ausgeführte Aufträge.

Ihrer geschätzten Nachricht entgegensehend, zeichnet
Hochachtungsvoll
Adolf Hesberg."

Nach Art der Heilmittelschwindler legen auch diese Seelenverkäufer ihren Prospekten Zeugnisabschriften der Abnehmer ihrer Ware bei, um die Tüchtigkeit ihres Geschäfts nachzuweisen. Auch diese Firma kann damit paradieren. Sie legt folgende Zeugnisabschriften bei:

Streng vertraulich!

Gent, den 1. Mai 1912.

Herrn Adolf Hesberg, Blankenese.

Ihrem Wunsche gemäß bestätigen wir Ihnen hiermit gerne, daß Sie die benötigten 480 Arbeitswilligen während des hiesigen Hafenarbeiterstreiks prompt innerhalb 36 Stunden zu unserer Verfügung gestellt haben, und daß dieselben bis zur Beendigung des Streiks die vorkommenden laufenden Arbeiten sowohl an Bord wie an Land verrichtet haben.

Hochachtungsvoll
Association de Interets Maritime de Gand.
J. A.: gez. Zeyen.

* * *

Herrn Adolf Hesberg, Blankenese.

Hiermit bestätigen wir Ihnen, daß sich von den mehreren hundert Arbeitswilligen, die Sie unseren Verbandsfirmen bei dem jetzigen Schiffahrtsstreik beschafft haben, die große Mehrzahl (!) als brauchbar und zuverlässig erwiesen hat.

Arbeitgeberverband der Rheinreedereien.
gez. Bitch.

* * *

Herrn Adolf Hesberg.
Blankenese bei Hamburg.

Anläßlich Ihrer Bitte (!), uns zu äußern über die von Ihrer Firma zuteil gewordene Hilfeleistung erklären wir gern, daß die Art und Weise, in welcher die Gestellung der Leute vor sich ging, und überhaupt die ganze Abwickelung eine sehr glatte war.

Die Organisation des ganzen ließ nichts zu wünschen übrig, und über das Benehmen der Leute haben wir zu Klagen keinen Anlaß.

Hochachtungsvoll
Steenkolen-Handelsvereeniging.
Filiaal Rotterdam.

Schlechte Zeiten für die Streikbrechervermittler! Nicht immer blüht ihr Weizen so wie beim Rheinschifferstreik, bei dem sie, wie diese Zeugnisse ausweisen, guten Absatz ihrer Ware fanden. 2000 Hintzebrüder kann die leistungsfähige Firma liefern. Hoffentlich liegen die nicht alle auf Lager, sie könnten sonst bei der Hitze leicht verderben, und das wäre schade, schon in Rücksicht auf ihre zukünftigen Ruhmestaten, die sie als nützliche Elemente noch dem Staate und den Scharfmachern leisten sollen.

Parchim. Abgesägt. Herr Dade, der durch ein Flugblatt auf rotem Papier die Sozialdemokraten des Kreises Parchim-Ludwigslust hat auffordern lassen, für ihn und nicht für die Freisinnigen zu stimmen, wird über Bord geworfen. Die konservative „Mecklenb. Warte" schreibt:

> Wir möchten erklären, daß nach unsern zuverlässigen Informationen eine Wiederaufstellung des Professors Dr. Dade seitens der konservativen Parteileitung als Reichstagskandidat nicht ins Auge gefaßt sein dürfte, und haben auch starken Grund zu der Annahme, daß in maßgebenden mecklenburgischen Kreisen des Bundes der Landwirte die gleiche Beurteilung des Sachverhalts herrscht, wie sie seitens der konservativen Wahlkreisleitung der konservativen Presse zum Ausdruck gelangt ist.

Die Konservativen halten eben auf Reinlichkeit und sie kennen kein Erbarmen für den, der gegen eins ihrer vornehmsten Gebote verstößt, das da lautet: Du sollst dich nicht erwischen lassen!

Geestemünde. Den Schwiegersohn erschossen. In dem Orte Hülseberg erschoß der Einwohner Prigge seinen Schwiegersohn, den Maurer Fiddenwitz, in der Notwehr. Dieser war erst ein Jahr verheiratet. Er soll seine Frau und das Kind oft mißhandelt haben. Nach einer Streiterei versuchte der Schwiegervater Ruhe zu stiften, er wurde aber sofort beim Eintreten mit einem Revolver bedroht. Prigge, der vorher gewarnt worden war, hatte sich ebenfalls mit einer Waffe versehen, von der er, als er bedroht wurde, Gebrauch machte und den Schwiegersohn auf der Stelle niederschoß. Der Totschläger stellte sich darauf selbst der Polizei.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Albert Meincke, Lübeck

Saison-Ausverkauf!

Große Preisermäßigungen.

Kostümröcke, Blusen, Damenpaletots u. Mädchenjacken, Knabenanzüge und Pyjacks
für den halben Wert.

Reste in allen Abteilungen **enorm billig.**

Beachten Sie meine Schaufenster. 2318

Albert Meincke,

Aegidienstraße 15, Ecke Königstraße.
Beckergrube 36, Ecke Kupferschmiedestraße.
Adlerstraße 34, Ecke Klappenstraße.

Den geehrten Bewohnern meiner Umgebung hiermit die ergebene Anzeige, daß ich am 1. August die frühere Krämerei der Witwe **Hamann** wieder eröffnen werde. Ich werde mich befleißigen, meine werte Kundschaft mit guter Ware und zu reellen Preisen zu bedienen, und bitte, mein Unternehmen zu unterstützen.

Hochachtungsvoll 2308

J. Isernhagen, Lübeck, Adlerstraße 33 d.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

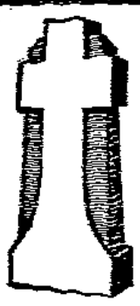
München ❍ ❍ Zeitschrift für Humor und Kunst ❍ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ❍

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!



Grabdenkmäler

Billigste Bezugsquelle (1733
Direkter Verkauf an Private in der Fabrik.

Plettner & Bruhn

Falkendamm, bei der Burgtorbrücke.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Gewerkschaftsfest-Komitee

2309 **Freitag abend 8 Uhr**
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Jugendausschuß.

Montag, den 5. August
2316 **abends 8½ Uhr**
Sitzung
im „Gewerkschaftshaus"

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Deutschl.

Filiale Lübeck.

Nachruf.

Am Montag, dem 29. Juli, verstarb unser Kollege

Friedr. Koesling

im 61. Lebensjahre. 2307

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 2. August, nachm. 3 Uhr, in Genin statt.

Die Ortsleitung.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Nachruf.

Am 31. Juli verstarb durch Unglücksfall unser langjähriges Verwaltungsmitglied und Mitbegründer der Genossenschaft, der Genosse

Karl Wandschneider.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

2314 **Der Vorstand und Aufsichtsrat.**

Charles Dickens' ausgewählte Werke

in zwei guten Leinenbänden sind noch vorrätig und geben dieselben zum Preise von Mk. 2.40 an die Leser des Volksboten ab.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" sind bis jetzt folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

Heft 1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.** Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.

Heft 2. **Das erste Lebensjahr.** Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.

Heft 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Von Dr. Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.

Heft 4. **Der Achtstundentag.** Von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.

Heft 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitagsbeschlusses betr. Schnapsboykott.

Heft 6. **Das Schulkind.** Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.

Heft 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.** Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.

Heft 8. **Nahrung und Ernährung.** Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.

Heft 9. **Wie sollen wir uns kleiden?** Von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.

Heft 10. **Der Arbeiterschutz.** Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.

Heft 11. **Frauenleiden und deren Verhütung.** Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)

Heft 12. **Vom medizinischen Aberglauben.** Dr. E. Thesing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.

Heft 13. **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters.** Von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.

Heft 14. **Verhütung und Heilung des Stotterns.** Von L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.

Heft 15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.** Von Dr. J. Markuse. Allen Eltern warm empfohlen.

Heft 16. **Zähne und Zahnpflege.** Von Gertrud Rewald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.

Heft 17. **Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers.** Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.

Heft 18. **Der Geschlechtstrieb.** Von Eduard Bernstein.

Heft 19. **Die Krankenpflege im Hause.** Von Joh. Ranke-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zadek, Berlin.

Heft 20. **Die Proletarierkrankheit.** Von Dr. J. Zadek.

Heft 21. **Atemgymnastik.** Von Otto Rühle. Mit zahlreichen Illustrationen.

Heft 22. **Haut- und Haarpflege.** Von Dr. Chajes.

Heft 23. **Wie schützen wir uns vor Herzerkrankungen?** Von Dr. Rehfisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.

Heft 24. **Die Hygiene der Arbeiterwohnung.**

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Auch nehmen unsere Kolporteure Bestellungen entgegen.

Von

Schillers und Heines ausgewählten Werken

sind noch einige Exemplare à Mk. 4 in Bänden vorrätig.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., und deren Kolporteure.

Gesangverein „Eiche".

General-Versammlung

am Freitag, 2. August
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

2301) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Abstinentenbund

Versammlung
am Freitag, dem 2. August 1912
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"

2305) **Der Vorstand.**

Versammlung

der

Kohlenarbeiter u. Kohlenkutscher

am Freitag, dem 2. August
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.

2310) **Der Vorstand.**

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 4. August 1912
nachmittags 5 Uhr

Zusammenkunft

im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52

Anschließend: **Monatsbesprechung.**

2315) **Der Jugendausschuß.**

Gasthof Kl.-Mühlen

Sonntag, den 4. August:
Großes Konzert des Musikvereins
mit nachfolgendem Ball.
Anf. d. Konz. 3 Uhr. Ballanf. 7 Uhr.
Hierzu laden freundlichst ein (2306
Der Vorstand u. Otto Evers.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 — Otto Albers — Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
3) Preise. U. a.:

Lederhosen . . .	**2.20**—6.45
Maurerhosen . .	**2.60**—6.75
Schlosserhosen .	**1.88**—5.25
Überziehhosen . .	**1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . .	**1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28**, Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Krümel-Lachs

täglich frisch. (2271
Paket 20 Pfg.
Verkauf nachm. von 5-7 Uhr.
Fischstrasse 31.

Abgeschl. 2-Zimmer-Wohnung

2312 Schwartauer Allee 63.

Zum 1. Okt. eine **1. Etage**, Drei-Stuben-Wohnung mit Stall und Garten in Genin z. Pr. v. 200 Mk.
2303 **H. Dechau**, Moisl. Allee 141.

Gesucht zum 1. Okt. e. **2-Stuben-Wohnung** im Preise von 200 Mk. vor dem Holstentor. Ang. u. **W G** an die Exp. d. Bl. 2304

Laufbursche

außer der Schulzeit zu sofort gesucht. 2317
F. W. Wendt, Gr. Petersgrube 21.

Mehrere

neue Herde

für Wurstpavillon billigst zu verkaufen. 2313
Näheres in der Exped. d. Bl.

---

8 Hennküken 2302

zu verkaufen. Ludwigstr. 9.

Die Beleidigung, die ich gegen Fr. Hauser ausgesprochen haben soll, nehme ich hiermit zurück.

2319) **W. Heidmann.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 178. Donnerstag, den 1. August 1912. 19. Jahrg.

Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern.

Vom Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbandes erhalten wir nachstehenden Artikel:

Eine Beobachtung des Arbeiterhaushaltes muß, wenn sie genaue und zuverlässige Resultate ergeben soll, über eine längere Zeitperiode hinweg durchgeführt werden. Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat der deutsche Metallarbeiter-Verband seine im Jahre 1908 begonnenen Erhebungen über Haushaltungsrechnungen in den Jahren 1909 und 1910 fortgesetzt und für 1909 56 Haushaltungen, für 1910 35 Haushaltungen einer Beobachtung unterzogen. Die gleichen Haushaltungen wurden auch im Jahre 1908 erfaßt, sodaß von 56 Haushaltungen zweijährige, von 35 Haushaltungen dreijährige Aufzeichnungen vorliegen. Es bestand ursprünglich die Absicht, die 56 Haushaltungsrechnungen aus dem Jahre 1909 auch im Jahre 1910 fortführen zu lassen, doch schieden 21 der Haushaltungslistenführer aus einer Reihe von Gründen aus der Beobachtung aus. Im Interesse der Sache ist dies lebhaft zu bedauern. Auch eine Fortführung der 35 Haushaltungen, die jetzt für drei Jahre vorliegen, auf einen noch längeren Zeitraum wäre sehr wertvoll gewesen. Das beweisen die Ergebnisse dieser 35 Haushaltungen, die in Nr. 27 und 28 der „Metallarbeiter-Zeitung" veröffentlicht worden sind und die wir in folgendem einer kurzen Betrachtung unterziehen wollen.

Die Gesamteinnahmen dieser 35 Haushaltungen betrugen im Jahre 1908: 56 268,74 Mk., 1909: 59 342,54 Mk., 1910: 62 316,47 Mk. und setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

	1908 Mk.	1909 Mk.	1910 Mk.
Kassenbestand im Vorjahr . .	445,61	1 364,84	2 559,63
Verdienst des Mannes . .	46 821,26	48 421,06	49 412,69
Verdienst der Familienangehörigen	3 909,54	5 362,75	5 096,17
Unterstützung	1 576,61	730,80	1 616,81
Sonstige Einnahmen . . .	3 515,72	3 463,09	3 631,17

Ein Blick auf die Gesamteinnahmen zeigt, daß diese mit jedem Jahr gestiegen sind. Die Bearbeiter der Statistik bekonen jedoch, daß dieses Mehr als eine Besserstellung der in Frage kommenden Arbeiter nicht anzusehen ist, da die Ausgaben teils in gleichem, teils in stärkerem Tempo gestiegen sind und die Kaufkraft des Geldes in der dreijährigen Berichtsperiode nachgelassen hat. Wie sich die Jahreseinnahme im Durchschnitt der 35 Haushaltungen gestaltet, zeigt folgende Aufstellung:

Art der Einnahmen	1908 im Durchschnitt pro Haushaltung Mk.	1908 in Prozent der Gesamteinnahmen Mk.	1909 im Durchschnitt pro Haushaltung Mk.	1909 in Prozent der Gesamteinnahmen Mk.	1908 im Durchschnitt pro Haushaltung Mk.	1908 in Prozent der Gesamteinnahmen Mk.
Kassenbestand v. Vorjahr . . .	12,73	0,79	39,00	2,30	73,13	4,11
Verdienst des Mannes . .	1337,75	83,21	1383,46	81,60	1411,79	79,29
Verdienst der Familienangehörigen . . .	111,70	6,95	153,22	9,04	145,61	8,18
Unterstützungen	45,05	2,80	20,88	1,23	46,19	2,59
Sonstige Einnahmen . . .	100,45	6,25	98,94	5,83	103,75	5,83
Zusammen	1607,68	100,00	1695,50	100,00	1780,47	100,00

Bei einer Betrachtung der Zahlen fällt vor allem der Kassenbestand auf, der sich mit jedem Jahr gesteigert hat. Im Jahre 1908 betrug der Kassenbestand nur 0,79 Prozent der Gesamteinnahmen, um im Jahre 1909 auf 2,30 Prozent und im Jahre 1910 auf 4,11 Prozent zu steigen. Die Steigerung von 1908 auf 1909 wird mit der genaueren Aufzeichnung erklärt, die durch die Erhebung vorgenommen wurde. Die Steigerung von 1909 auf 1910 entstand, weil alle mit einem Defizit arbeitenden Haushaltungen aus der Beobachtung ausscheiden. Die im Jahre 1910 übrig gebliebenen Haushaltungen haben durchweg mit einem Überschuß abgeschlossen. Die Bearbeiter des Budgets nehmen an, daß die gemachten Ersparnisse auf Kosten der Lebenshaltung gingen, den von den in Frage kommenden Listenführern hat ein Teil wiederholt mitgeteilt, daß er sich den Notpfennig vom Munde abspart, um bei eintretender Arbeitslosigkeit oder bei sonstigem der Familie zustoßendem Unheil vor einer momentanen Not geschützt zu sein.

Der Verdienst des Familienoberhauptes bildet naturgemäß die Haupteinnahmequelle. Er weist mit jedem Jahr eine absolute Steigerung auf. Im Jahre 1908 stellte sich der Durchschnittsverdienst auf 1337,75 Mk., im Jahre 1910 betrug der Durchschnitt 1411,79 Mk.; im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen ist ein Rückgang des Verdienstes des Familienoberhauptes zu verzeichnen. 1908 betrug der Verdienst des Mannes 83,21 Prozent der Gesamteinnahmen, 1910 war dieses Prozentverhältnis auf 79,29 zurückgegangen. Der Mannesverdienst reichte auch nicht in einem einzigen Fall allein zur Bestreitung der Haushaltungskosten aus, der prozentuale Rückgang beweist, daß der Verdienst nicht in dem Maße gesteigert werden konnte, als es die immer teurer werdende Lebenshaltung erfordert hätte. Der Rückgang mußte also durch stärkeres Heranziehen der Familien zum Erwerb wieder einigermaßen ausgeglichen werden. Wir finden, daß der Verdienst der Familienangehörigen im Jahre 1908 durchschnittlich 111,75 Mk. betrug und sich im Jahre 1910 auf 145,61 Mk. gehoben hat. Im Verhältnis zur Gesamteinahme trat aus dem Verdienst der Familienangehörigen eine Steigerung von 6,95 Prozent auf 8,18 Prozent ein. Die Einnahmen aus Unterstützungen, die in der Hauptsache aus Unterstützungsgeldern des Verbandes oder aus Krankenunterstützung bestehen, sind in der dreijährigen Berichtsperiode absolut etwas in die Höhe gegangen, im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen trat ein kleiner Rückgang ein. Eine ähnliche Erscheinung zeigt sich bei den sonstigen Einnahmen, die sich aus dem Nebenverdienst des Mannes, aus Einkassieren von Beiträgen, aus Kolportage, aus Zimmervermieten, Rückvergütung vom Konsumverein, Aufnahme von Darlehen und Entnahme von Spareinlagen zusammensetzen.

Betrachten wir demgegenüber die Ausgaben der 35 Haushaltungen. Sie betrugen im Jahre 1908: 55 625,46 Mk., 1909: 57 602,73 Mk., 1910: 58 872,01 Mk. Davon entfallen im Durchschnitt auf eine Familie im Jahre 1908: 1589,30 Mark, 1909: 1645,79 Mk., 1910: 1682,05 Mk.

Dieser durchschnittliche Verbrauch einer Familie zergliedert sich folgendermaßen:

Ausgaben für	1908 pro Haushalt Mk.	1908 in Proz.	1909 pro Haushalt Mk.	1909 in Proz.	1910 pro Haushalt Mk.	1910 in Proz.
Nahrungsmittel zusammen . .	759,82	47,81	769,35	46,75	801,95	47,68
Wohnungsmiete Steuern . . .	218,61	13,75	229,20	13,93	238,64	14,19
Kleideranschaffung., Reparat.	207,96	13,09	229,02	13,92	225,85	13,43
Versicher.- u. Vereinsbeiträge .	95,80	6,03	101,01	6,14	111,00	6,60
Bier, Wein und sonst. Getränke	70,70	4,45	61,15	3,71	60,10	3,57
Heizung und Beleuchtung . .	66,20	4,17	71,02	4,31	65,77	3,91
Sonst. Ausgaben	45,60	2,87	63,44	3,85	47,82	2,84
Bildung, Unterhaltung . . .	39,30	2,47	37,06	2,25	39,00	2,32
Arzt, Apotheke, Gesundheitspfl.	20,52	1,29	21,34	1,30	23,13	1,38
Seife, Soda und Waschmittel .	20,09	1,26	18,85	1,15	20,45	1,22
Zigarren, Tabak	19,24	1,21	17,61	1,07	18,75	1,11
Fahrgelder . .	17,40	1,09	17,34	1,05	18,91	1,12
Schulbedürfnisse, Schulgeld . .	8,06	0,51	9,40	0,57	10,68	0,63

Wir können aus Mangel an Raum nur auf eine Betrachtung der wichtigsten Ausgabeposten eingehen.

Die Nahrungsmittel weisen den größten Ausgabeposten auf, beinahe die Hälfte aller Ausgaben entfallen darauf. Obwohl die Beträge für Nahrung mit jedem Jahre gestiegen sind, steht ihre Steigerung doch nicht im Verhältnis zu den Gesamtausgaben, es ist ein prozentualer Rückgang der Nahrungsmittelausgaben zu verzeichnen. Die Tabelle weist das aus.

Der Rückgang in den Jahren 1909 und 1910 gegenüber dem Jahre 1908 kann nur dahin ausgelegt werden, daß gerade bei den Nahrungsmitteln die größtmöglichste Sparsamkeit angewendet wurde. Diese Zahlen beweisen auch, daß die erzielten Überschüsse im wahren Sinne des Worts am Mund abgespart worden sind.

Die Ausgabeposten Wohnungsmiete, Steuern enthält außer Wohnungsmiete und Steuern auch noch Ausgaben für häusliche Dienstleistung. Es handelt sich dabei um zeitweilige Hilfe bei Krankheitsfällen in der Familie oder bei sonstigen außergewöhnlichen Umständen, wo freundschaftliche und nachbarliche Hilfe nicht ausreichend war. Die Umzugskosten sind gleichfalls dieser Rubrik zugezählt. Im Verhältnis zur Gesamtausgabe trat in den drei Berichtsjahren eine Steigerung dieser Ausgabeposten von 13.75 Prozent auf 14,19 Prozent ein. Auf Kleidung, Neuanschaffungen, Reparaturen entfallen im ersten Jahre 13,92 Prozent und im dritten Jahre 13,43 Prozent der Gesamtausgaben. Demnach standen diese Ausgaben im Jahre 1909 am höchsten. Schlüsse lassen sich aus diesen Ausgabeposten nicht ziehen, denn derartige Ausgaben werden im Arbeiterhaushalt meistens nur vorgenommen, wenn sie sich absolut nicht umgehen lassen und wenn an den übrigen unumgänglichen notwendigen Ausgaben etwas abgeknappst werden kann. Auffallend ist, daß im Jahre 1909, in dem die Aufwendungen für Kleider usw. stärker waren als 1908 und 1910, ein verhältnismäßig großer Rückgang in den Nahrungsmittelausgaben eintrat. Das läßt den Schluß zu, daß auf Kosten von notwendigen Bekleidungsgegenständen gespart wurde.

Der Posten Bier, Wein und sonstige Getränke macht gegenüber anderen Posten insofern eine Ausnahme, daß er mit jedem Jahre zurückgegangen ist. In Prozenten der Gesamtausgaben trat ein Rückgang von 4,45 im Jahre 1908 auf 3,71 im Jahre 1909 und 3,57 im Jahre 1910 ein.

Den sonstigen Ausgaben sind alle Ausgabenposten zugezählt, für die keine ihrem Zweck entsprechende Rubrik vorhanden war. Diese Ausgaben setzten sich zusammen aus häuslichen Bedarfsartikeln, Geschenken, Blumenspenden und dergleichen. Die Schwankungen innerhalb der drei Jahre liegen daran, daß diese keine regelmäßigen sind.

Die Aufwendungen für Bildung und Unterhaltung richten sich nach den persönlichen Verhältnissen, sind aber auch stark beeinflußt von der individuellen Veranlagung des einzelnen. Der durchschnittliche Verbrauch pro Familie betrug im Jahre 1908: 39,30 Mk., 1909: 37,06 und 1910:39,00 Mk. Diese Beträge setzen sich zusammen aus Ausgaben für Zei-

Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton von Perfall.

1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Tuat's di net selb'r g'lüst'n?" meinte der Bauer.

„Mein Gott, i! Wenn ma' amal aufg'wachs'n is in dem Glaub'n, was Schlechteres z' sein — aber die Jung'n, die denken ganz anders, und recht haben s', ganz recht."

„Bist du aufg'wachs'n in dem Glaub'n?" erwiderte Johannes in hartem Ton. „I net! Was Schlechteres z' sein, g'wiß net. Aber in an andern Glaub'n bin i aufg'wachs'n, daß a richtiger Bauer nix z'tuan hat mit dene Leut', die ihn im Herz'n do net schatz'n und grad schön tuan mit ihm, wenn s' ihn brauch'n könna. Natürli, die werd'n auf dein Buab'n wart'n."

„Mei Bua versteht mit denen umzugeh'n, is net so a brummiger wie Du", meinte schnippisch die Bäuerin.

„Auf den Buab'n sein schön's Gesicht warten's net, aber auf den Buab'n sein Wald, so wär 's g'meint. Aber no is net sein Wald, verstand'n? Werd's a net, wenn ihr's so fortmacht."

„Wem wird's denn nachher sein Wald?" spöttelte die Bäuerin. „Eppa der Rosl? No ja, warum net? Is ihr ja so ans Herz gewachs'n — der Wald!"

„Das ärgert di wohl, daß sie zu mir halt. O, i merk's schon lang, aber da geb' d'r nur kane Müah net, d'Rosl halt aus bei mir und mein'm Wald."

„Bei dir und dein'm Wald! Meinst wirkli? Was du do die jung'n Madeln kennst! Merkst denn gar nix vor lauter Bam? Gar nix zwischen die Bam?"

Johannes überkam ein banges Gefühl. Was sollte denn von dieser Seite drohen, die anderen machten ihm ja schon genug Sorgen.

„Jetzt red, Muatter, was soll i merk'n?"

„No aber — aber —" die Bäuerin warf einen mitleidigen Blick auf den Johannes, der mit seinen strengen, tiefeingegrabenen Zügen, dem ergrauten Haupthaar und dem gebeugten Rücken den Eindruck eines Greises machte, gegenüber der wohlgepflegten, rundlichen Frau auf dem Altane. „Der Ferl!" rief sie dann laut in gezogenem Tone.

Johannes schoß das Blut in das Gesicht. „Was is mit dem Ferl? Der Ferl ist a braver Mensch, über 'n Ferl laß' i nix komma.

Brauchst's ja gar net. Hab' i was g'sagt?"

Gnua hast g'sagt, um mir mein' letzte Freud' z'vergift'n. Aber der Ferl denkt an so was gar net.

„Hab' i vom Ferl g'redt?"

„Und d'Rosl erst recht net. An alte Freundschaft is, aufg'wachs'n san s' mitanander, a guat'r Buab is er."

„Saub'r is er a —"

„Weib, mach mi net narrat. D'Rosl ruaf her!" polterte Johannes.

„Hast s' ja selber fortg'schickt mit aner Botschaft zu dei'm Först'r, der Schnaklhax."

„Alois Grimm heißt er. Scham di, über a Unglück spott'n, das er in unserm Dienst erlitt'n. Aber es is ja schon zwei Stunden her, daß i d' Rosl geschickt hab'."

„Mein Gott, der Wald laßt s' halt net aus. So an Abend dazua. Warum a net? Jung is jung und am End —"

„Was am End? Am End möchst selb'r hab'n, daß 's so kommt, daß i in die Grub'n fahr' vor lauter Ärgernis und die Weg' frei gab für euch. Aber halt a bißl, no net, no net! I will di' grad Lüg'n straf'n, drum geh' i und red' selber mit die Leut'."

Er holte seinen Stock mit mächtigem Hirschhorngriff, warf eine Joppe um und eilte hastigen Schrittes den Berg hinab dem Walde zu, aus dem eine feine Rauchsäule kerzengerade emporstieg, gleichsam eine zarte Parodie auf den schwarzen Rauchwulst, der sich hinter dem Berge erhob.

Erst als er den Hochwald betreten hatte, hielt er an, nahm den Hut vom Haupte und trocknete sich kopfschüttelnd die feuchte Stirne.

So machte er es immer in einem schweren Fall. Er ging mit seinem treuen, alten Freund zu Rat; das leise Rauschen schon in den Fichten beruhigte ihn.

Die Moni hatte am Ende recht, er war ein blinder Six — Freundschaft zwischen an Buab'n von neunzehn Jahren und an Madel von siebzehn! War er denn nie jung gewesen?

Was ihn aber am meisten verdrießt bei der Sach', is die Falschheit von der Rosl, die alleweil mit ihrer Liab zum Wald sich so eing'schmeichelt hat bei ihm, währenddes hat's nur dem Ferl 'golt'n, die Liab.

Also Verrat ringsum, wo er hinschaut.

Aber wenn's wirkli so is — was dann?

Der Ferl war der Sohn eines armen Tagelöhners, der seit Jahrzehnten bei ihm die Waldarbeit verrichtete, sein Förster, wie die Moni ihn nannte. Er war in seinem Dienst verunglückt, ein Baum hatte ihm den linken Fuß zerquetscht, seitdem nannten ihn die spottsüchtigen Leut' die „Schnaklhax".

Er war ein braver Mensch, unentbehrlich für ihn, ganz verwachsen mit dem Wald, aber trotz alledem nur ein Taglöhner. Und ein Taglöhnerssohn ist kein Mann für eine Bauerntochter.

„A Unterschied muaß sei', a Ordnung, und er müaßt do der letzte sei', der da dran sich vergreift. Was soll da a 'rauskomma dabei, wenn man alles durcheinander wachs'n laßt, wie Kraut und Ruab'n, kein richtiger Wald und keine richtig'n Mensch'n! Fleißi is er zwar, der Ferl, a richtig'r Mensch, und wenn man's recht nimmt, is a fleißiger Taglöhner mehr wert als a liederlicher Bauernsohn; Mensch is eigentli Mensch, und der Bauer is a an Arbeiter. Überhaupt mit dem Unterschied — wer weiß, wie lang's no dauert —"

In diesem Augenblicke knallte es wieder vom Bergwerke her, Schuß auf Schuß. Da stieß Johannes zornig den Stock auf.

„Kreuzelement, i glaub', mi hat's a schon packt, dos neue Fiab'r! War mir schon gnua! Na, wenn s' ihn schon eingrab'n den Bauern, i wenigstens will kein Schaufel dazu werf'n. Was so lang in Ehren besteht, allen Feinden zum Trotz, muaß do a a g'sunde Wurz'n hab'n, und wegen an Madel abfall'n — nix da! A End muaß werd'n."

Einen festen Entschluß auf der kantigen Stirn, eilte er vorwärts. Dichtes Unterholz nahm ihn auf, durch welches nur ein schmaler Fußsteig führte. Er legte sich seine Anrede an den Ferl dabei zurecht. Zuerst klang sie rauh, gebieterisch. Dann wurde sie immer gemäßigter, milder.

Da unterbrach ein seltsamer Laut seinen Gedankengang; es klang wie ein Schluchzen, dann wie ein Flüstern. Johannes duckte sich unwillkürlich und spähte durch das Geäst.

Ein roter Punkt tauchte auf, blieb stehen. Johannes lachte grimmig und schlich vorsichtig näher. Jetzt langte es schon, er sah genug.

Seine Rosl und der Ferl!

Der Mensch hatte noch dazu seinen Arm um den Hals des Mädchens gelegt, als ob die Sache schon ganz in Richtigkeit wäre. Fast wäre der Bauer vorgesprungen in seinem Zorn.

Da blieben sie stehen.

„Also in Gottes Nam', Rosl," sprach der Ferl. „Einmal muaß' ja do sei'. Was will er denn viel sag'n, samt sein Stolz?"

tungen, Bücher, Schreibmaterial, Porto, Eintrittsgelder für Konzerte, Theater, Vorträge, eventuell Nebenkosten, wie Programme, Garderobe, Fahrgelder für Eisenbahn und Straßenbahn, die anläßlich eines Ausflugs oder sonstigen Vergnügungs- und Bildungszweckes gemacht wurden. Die sonstigen Ausgaben, die bei einem Ausflug verursacht wurden, sind hier ebenfalls mitgerechnet. Dieser Ausgabeposten ist im ersten und dritten Jahre annähernd gleich geblieben, im zweiten Jahre war er etwas geringer. Im Verhältnis zu der Gesamtausgabe trat ein Rückgang ein.

Für die Genußmittel Zigarren, Tabak usw. läßt sich die gleiche Wahrnehmung machen, wie bei den Getränken. Die Ausgaben dafür sind keine absolute Notwendigkeit und erfuhren daher eine Einschränkung.

Bei den bisherigen Darstellungen war immer eine Familie oder ein Haushalt grundlegend, da aber die einzelnen Familien infolge ihrer Zusammensetzung ganz verschiedene Verbrauchsstärken aufweisen, ist auch eine Berechnung auf den Kopf der Beteiligten notwendig.

Als Einheitszahl für die Berechnung pro Kopf dient für eine erwachsene männliche Person: 1,00, für eine erwachsene weibliche Person 0,90, für 10- bis 14jährige Kinder: 0,80, für 6- bis 10jährige: 0,60, für 4- bis 6jährige: 0,40 und für Kinder unter diesem Alter: 0,15. Bei Anwendung dieser Rechnungsmethode auf die 35 Haushaltungen beträgt die durchschnittliche Kopfzahl für das Jahr 1908: 3,68, für das Jahr 1909: 3,70 und für das Jahr 1910: 3,69 Vollpersonen. Bei dieser Umrechnung auf eine erwachsene Person zeigt sich folgendes. Es betragen:

	1908	1909	1910
die Einnahmen pro Kopf	436,36 Mk.	458,24 Mk.	482,51 Mk.
die Ausgaben pro Kopf .	431,37 „	444,81 „	455,84 „

Daraus ergibt sich eine Mehreinnahme pro Kopf für 1908 von 4,99 Mk., für 1909 von 13,43 Mk. und für 1910 von 26,67 Mk. Die Ausgaben pro Kopf für eine Woche waren im Jahre 1908: 8,29 Mk., im Jahre 1909: 8,55 Mk. und im Jahre 1910: 8,77 Mk.

Folgende Tabelle zeigt eine Gegenüberstellung der Ausgaben pro Kopf in den Jahren 1908 bis 1910, und zwar sowohl in der Jahressumme, als in der Umrechnung auf den Verbrauch einer Woche.

Art der Ausgaben	Es entfallen an Ausgaben pro Kopf im Jahr 1908 Mk.	1909 Mk.	1910 Mk.	p. Woche i. Jahr 1908 Mk.	1909 Mk.	1910 Mk.
Nahrungsmittel	206,23	207,93	217,33	3,97	4,00	4,19
Bier, Wein, sonst. Getränke	19,19	16,52	16,29	0,37	0,32	0,32
Zigarren, Tabak	5,22	4,76	5,08	0,10	0,09	0,10
Seife, Soda, Waschmittel	5,45	5,09	5,54	0,10	0,10	0,11
Fahrgelder	4,72	4,69	5,13	0,09	0,09	0,10
Sonstige Ausgaben . . .	12,38	17,16	12,96	0,24	0,33	0,25
Wohnungsmiete, Steuern	59,23	61,94	64,67	1,14	1,19	1,24
Heizung und Beleuchtung	17,97	19,19	17,82	0,34	0,37	0,34
Schulbedarf, Schulgeld .	2,19	2,54	2,89	0,04	0,05	0,05
Versicherungs- u. Vereinsbeiträge	26,00	27,30	30,08	0,50	0,52	0,58
Kleider-Anschaffungen, Reparaturen	56,45	61,90	61,21	1,09	1,19	1,18
Arzt, Apotheke, Gesundheitspflege	5,57	5,77	6,27	0,11	0,11	0,12
Bildung und Unterhaltung	10,67	10,02	10,57	0,20	0,20	0,20

Die Ausgaben für Nahrungsmittel betrugen danach im Jahre 1908: 206,23 Mk., im Jahre 1909: 207,93 Mk. und im Jahre 1910: 217,33 Mk.; sie stiegen also um 11,10 Mk. oder pro Woche um 0,21 Mk. Die Ausgaben für Getränke und Tabak gingen von 24,41 Mk. im Jahre 1908 auf 21,37 Mk. im Jahre 1910 zurück. Das ist in einer dreijährigen Periode ein Rückgang um 3,04 Mk. Eine Abnahme trat ferner ein bei den Posten Heizung, Beleuchtung, Bildung und Unterhaltung. Die bei allen anderen Ausgabeposten eingetretene Zunahme trat am stärksten hervor bei den Posten Wohnungsmiete, Kleidung und Nahrung. Eine Umrechnung der Nahrungsmittel ergibt, daß für Brot pro Kopf und Woche verausgabt wurden im Jahre 1908: 0,85 Mk., im Jahre 1909: 0,88 Mk. und im Jahre 1910: 0,89 Mk. Wesentlich geringer war der Verbrauch von Fleisch. Er betrug im Jahre 1908: 0,68 Mk., 1909: 0,65 Mk. und im Jahre1910: 0,75 Mk. Als nächste größte Ausgabe folgt Wurst, dann Butter, Milch, Fette, Kartoffeln, Kaffee usw. Der tägliche Verbrauch an Nahrungsmitteln pro Kopf betrug für das Jahr 1908: 56,7 Pfg., für das Jahr 1909: 57,1 Pfg. und für das Jahr 1910: 58,9 Pfg.

Das Fazit der Feststellungen ist, daß die Steigerung der Haushaltungskosten nur durch angestrengtere Tätigkeit des Familienoberhauptes und der Familienangehörigen ausgeglichen werden konnte und daß eine Einschränkung der für die Erhaltung und Festigung der Gesundheit notwendigen Ausgaben eintreten mußte, also eine wirtschaftliche Besserung in den drei Jahren, über die sich die Untersuchung erstreckte, nicht eingetreten ist.

Mit den Feststellungen hat der deutsche Metallarbeiter-Verband einen weiteren wertvollen Beitrag zur Kenntnis der Lebenshaltung der Arbeiter geliefert, der besondere Beachtung verdient.

Aus der Partei.

Gegen Sonderkonferenzen. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bonn-Rheinbach, die am Mittwoch abend in Bonn abgehalten wurde, beschäftigte sich auch mit der Sonderkonferenz in Eisenach. Genosse Rechtsanwalt Kirschbaum referierte über die Angelegenheit. Der Referent beantragte eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde. Sie lautet: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bonn-Rheinbach mißbilligt die Veranstaltung von Sonderkonferenzen, in denen Parteigenossen, gleichviel welcher Richtung, zu Parteifragen Stellung nehmen. Die Parteidisziplin verlangt, daß die Parteigenossen theoretische und taktische Gegensätze im Rahmen der Organisation austragen. Derartige Konferenzen schwächen die Bedeutung des Parteitags und zersplittern die Kräfte der Partei, während das Klasseninteresse der Partei eine starke, einheitliche Organisation und eine geschlossene Aktion auf allen Gebieten erfordert."

Wie die Behörden den Alkoholmißbrauch „bekämpfen". In Ostelbien wird viel Alkohol getrunken; besonders auf dem Lande und in den kleinen Städten ist der Verbrauch von Trinkbranntwein enorm, was schon vor Jahren die Behörden und frommen Vereine veranlaßt hat, den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. Man gründete Vereine, Alkoholfürsorgestellen usw. Trotzdem ist von einer wesentlichen Abnahme des Verbrauchs von Alkohol in den Junkerdomänen wenig zu spüren. Da hat nun die sozialdemokratische Partei in Wehlau ein Gartenlokal erworben, und sie ersuchte um die Konzession zum Ausschank — alkoholfreier Getränke. Doch der Kreisausschuß, in dem die „staatserhaltenden" Agrarier natürlich die Majorität haben, lehnte das Gesuch ab, sodaß die Partei nicht in der Lage ist, Selter und Sprudel dort auszuschenken. Die Versammlungsbesucher können also nichts trinken. Dabei ist in Wehlau der Schnapsgenuß weit verbreitet. Abends und Sonntags sind die Kneipen gefüllt, was den Bürgermeister wiederholt veranlaßt hat, seine Mißbilligung darüber auszusprechen. Könnte die Partei in ihrem Lokal alkoholfreie Getränke ausschenken, so würde sie damit erzieherisch auf die Arbeiter einwirken und sie bald aus den Schnapskneipen herausholen können. Das würde der Stadt und der Umgegend nur zum Segen gereichen. Aber der Kreisausschuß hat es anders beschlossen. Die Sozialdemokratie könnte vielleicht einen Nutzen haben, wenn in dem Lokal alkoholfreie Getränke verkauft werden, und deshalb darf es nicht sein.

Gerichtliche Beleuchtung der Streikkammern. Die Dortmunder Staatsanwaltschaft soll der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterzeitung", Genosse Henkler in Dortmund, durch eine Kritik der bekannten Dortmunder Streikurteile beleidigt haben. Der Angeklagte hatte sich am Mittwoch vor der Strafkammer des Landgerichts Dortmund zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung gab Henkler die Erklärung ab, daß er den Vorsitzenden der Kammer, Landgerichtsdirektor Hilgenstock, und den Beisitzer, Landrichter Dr. Eisemann, als befangen ablehne. Nach längerer Debatte vertagte das Gericht die Verhandlung. Voraussichtlich werden also die horrend hohen Streikurteile vor einer andern Strafkammer eine gerichtliche Beleuchtung erfahren. Die Verteidigung wird auch den Antrag stellen auf Ladung von Richtern, die über Flüchtigkeit der Staatsanwaltschaft bei Erhebung ihrer Anklagen gehört werden sollen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik in der Görlitzer Waggonfabrik. Der Gauleiter des Metallarbeiterverbandes hat im Auftrage sämtlicher Streikenden an den Bezirksverband Niederschlesien des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller die Anfrage gerichtet, ob er geneigt sei, Verhandlungen einzuleiten zur Beilegung des Streiks. Darauf ist die Antwort eingegangen, daß der Verband Deutscher Metallindustrieller zu Verhandlungen bereit sei. Die Verhandlungen, zu denen Vertreter der am Streik beteiligten Organisationen hinzugezogen werden sollen, haben am Dienstag ihren Anfang genommen. Wie berechtigt der Streik in der Görlitzer Waggonfabrik ist, geht daraus hervor, daß jetzt nach viermonatiger Dauer selbst die im Betrieb stehen gebliebenen Gelben bei der Betriebsleitung vorstellig wurden, und die Abschaffung des neu eingeführten Arbeitssystems forderten — daß die Ursache des Streiks bildete — weil es darunter nicht möglich sei, einen zum Leben notwendigen Lohn zu verdienen. Die Antwort der Werksleitung an die Gelben war, daß an dem System nichts geändert würde. Eine andere Antwort haben die treuen Helfer der Werksleitung zur Niederknüttelung ihrer Arbeitskollegen nicht verdient. Es ist immerhin bezeichnend, daß nach vollen vier Monaten erst den gelben Arbeitswilligen die Erkenntnis dämmert, daß es unter dem neuen Arbeitssystem unmöglich ist, auf die Dauer auszuhalten, daß also der Ausstand ihrer organisierten Arbeitsbrüder durchaus berechtigt sein muß. Die Bevorzugung der Arbeitswilligen war den Gelben so aufreizend, daß sie an die Werksleitung das Verlangen gestellt haben sollen, auch ihnen den gleichen Wochenlohn — 39 Mk. und freie Verpflegung — zu zahlen. Wie verlautet, haben sie unter mitleidigem Lächeln eine glatte Absage erhalten. Jetzt können die Gelben am eigenen Leibe spüren, was es heißt, sich als Handlanger profitwütiger Unternehmer herzugeben. So rächt sich alle Schuld auf Erden.

Zu den Krawallen in Ragnit wird uns berichtet: Ragnit, wo am Sonnabend anläßlich des Streiks bei der Firma Brüning u. Sohn ein Arbeiter erschossen wurde, ist förmlich in Belagerungszustand versetzt. Die zweite Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 41 unter Führung des Hauptmanns v. Wendt ist in Ragnit stationiert worden. Die Truppen sind in Bürgerquartieren untergebracht und patrouillieren durch die Straßen. Die Firma Brüning u. Sohn hatte aus den bekannten Streikbrecherbüros eine Hintzegarde nach Ragnit kommen lassen, die, wie überall, durch ihr provokatorisches Verhalten die Bevölkerung reizte und sich dafür noch allen möglichen Schutzes durch die Behörden erfreute. — In Ragnit ist seit Ausbruch des Streiks jede öffentliche Tanzlustbarkeit untersagt. Am Sonnabend verbreitete sich nun das Gerücht, daß die bei der Firma Brüning u. Sohn beschäftigten Arbeitswilligen eine Tanzlustbarkeit in einem der Fabrik benachbarten Lokale abhalten wollen. Wegen dieser Bevorzugung der Arbeitswilligen hat es in der Bevölkerung einige Aufregung gegeben. Es hatten sich Neugierige angesammelt, die von der Polizei zurückgewiesen wurden. Das gab natürlich bei den Arbeitswilligen, die diesem Treiben zusahen, ein großes Gaudium. Sie kamen aus den Lokalen und machten Hallo. Bei dieser Gelegenheit ist auch ein Stein aus der Menge der Arbeitswilligen gegen die Polizei geflogen, der den Polizeikommissar verletzte. Das gab der Polizei Veranlassung, von der Waffe Gebrauch zu machen, die diese aber nicht etwa gegen die Arbeitswilligen, sondern gegen die Menge Neugieriger richtete, die der Aufruf herbeigelockt hatte. Dabei ist dann auch der Schuß gefallen, der den Kreissägenschneider Girolath zu Boden streckte. Die Erregung über die Vorgänge ist in Ragnit natürlich enorm. Am Sonntag waren in der Stadt sämtliche Laternen ausgelöscht. Einen Einfluß auf die Lohnbewegung der Holzarbeiter werden diese Vorgänge nicht haben; die dortigen Ausständigen sind entschlossen, sich nicht provozieren zu lassen, sondern in aller Ruhe den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fortzusetzen. Aus Ragnit wird der „Tilsiter Zeitung" gemeldet, daß es Dienstag abend noch zu neuen Unruhen gekommen ist. Auch die erste Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 41 ist dort eingetroffen, so daß jetzt zwei Kompagnien für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen.

Verhängung des Boykotts über die Firma Harry Trüller in Celle. Ein eingefleischter Gegner des Koalitionsrechtes der Arbeiter ist Herr Harry Trüller, Zwieback-, Waffel- und Keksfabrikant in Celle. Mit peinlicher Aufmerksamkeit werden die Beschäftigten überwacht, daß sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören. Wehe demjenigen, der sich trotzdem erlaubt, von dem ihm zustehenden gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen! Ohne Gnade haben solche die Entlassung zu gewärtigen. Der Unternehmer ging sogar dazu über, jedem Neueintretenden folgenden Revers zur Unterzeichnung vorzulegen: Ich verspreche, daß ich nicht Mitglied des Bäcker- und Konditorenverbandes bin und verpflichte mich, weder innerhalb noch außerhalb der Arbeitsstätte für diesen Verband tätig zu sein. Herr Trüller,

---

„Du kennst ihn no net," versetzte die Rosl, „so guat er sonst is und so liab er mi hat — o Ferl, is dir wirkli so um mi? — — I mein nur grad, schau, wenn d' mi lass'n könnst —" Da brach sie in helle Tränen aus.

„Ja, Rosl, kannst's denn du, mi lass'n?"

Sie schüttelte das Köpfchen und meinte. „Net um all's in der Welt, Ferl, net um all's in der Welt."

Da war sie schon von zwei kräftigen Armen umschlungen, in die Höhe gehoben, geküßt, gedherzt und keines hörte mehr den zornigen Ausruf des Bauern.

Und weißt jetzt was," begann wieder der Ferl, „i geh' jetzt selb'r zu deinem Vater, ja wohl, Herr Gott, wenn er nur glei' da wär'! Bauer, für i sag'n, i weiß, wer du bist, und wer i bin; aber schau, die Liab, die fragt halt net danach, und drum bitt' i di schön, gib mir d' Rosl zum Weib. Was Knecht, was Bauer! — Die Zeiten san um, und an andere Zeit is längst komma über die Berg, wo's grad Mensch'n gibt, arme, plagte Mensch'n, die sich wenigstens das eine Load b'schpar'n, das die Dummheit verschuld't hat die längst' Zeit und der Stolz; und wenn di no so wehrst dagegen und einstreitest, je zwingt di do, 's is all's umsonst —"

Der Ferl glühte vor heißem Eifer, und die Rosl sah ihn ganz verklärt an durch das Naß der Augen.

„Ja, Herrgott, wenn er nur grad daständ!" rief der Ferl in überschäumendem Wut.

Da teilten sich die Äste. Rosl stieß einen Schrei aus, Ferl brachte ihn nicht mehr über die offenen Lippen. Der Bauer vom Wald stand vor ihnen, den Hirschhorngriff umklammerte bedrohlich die nervige Faust.

„Jetzt fang an mit deiner neu'n Zeit," begann er, „die über die Berg komma is, di mi zwing'n soll! Kein Ehrfurcht mehr vor nix, kein Glaub'n und ker Treu, das is eure neue Zeit! Guat, soll's so sei', ihr werd's schon seh'n, wia weit's kommt damit, aber so weit mein Grund und Boden reicht, das merk dir, Ferl, da gilt die alte Zeit, in der a richtige Bauernmoatter sich g'schamt hätt', mit so an aufg'bind'n, als du bist."

„Bauer, das geht z'weit!" Der Ferl erhob sich aus seiner demütigen Stellung, die jugendlichen Augen blitzten, und die Fäuste ballten sich.

Doch Johannes lachte höhnisch. „Schau aufmandeln tät er sich a no, der Revoluzer, der modische!" Dann wandte er sich an Rosl, die in Tränen zerflossen, das Antlitz mit der Schürze bedeckend, daneben dastand. „Also das is der ganze Fleiß im Wald?" Es sprach jetzt mehr Kummer aus ihm als Zorn. „Schau, das verdrießt mi. Da auch betrog'n! Das is hart. Das hätt' i net erwart." Die Stimme brach ihm fast. „Von dir net."

Rosl sank vor ihm in die Knie. Er hob sie auf. „Laß das! Das macht's net besser. Geh' heim. Morg'n werd' i schon red'n mit dir über die alte und neue Zeit. Geh — geh! Und du" wandte er sich wieder in herrischem Tone an Ferl, „kommst mit mir zum Vater, der wird dir das nötige schon sag'n!"

Mit einem vergeblichen, nach einer Aufmunterung suchenden Blick auf Rosl wandte sich der Ferl, und Johannes folgte ihm schweigend durch den Wald, ohne sein Kind noch eines Blickes zu würdigen.

— — — — — — — — — —

Alois Grimm saß vor seiner aus Baumstämmen wohlgefügten Hütte, die seit fünfundzwanzig Jahren sein ständiger Aufenthalt war, auf einem mächtigen, blitzblanken, geschälten Sägeprügel und schmauchte seine Feierabendpfeife mit silberbeschlagenem Maserkopf. Sein mageres Gesicht mit der krummen Vogelnase hatte völlig die Struktur der Borke angenommen, die ringsherum am Boden lag. Die ehemals wohl breiten Schultern waren von der Arbeit sichelförmig herabgebogen, das Gewand aus grobgestricktem, braunem Loden verband ihn förmlich organisch mit den Stämmen ringsum, von denen er auf den ersten Anblick nicht wegzukennen war.

Eine kleine Lederkappe, welche seine Glatze bedeckte, wurde immer wieder von neuem mit einer Bewegung der Unruhe, welche zu der ganzen Erscheinung gar nicht paßte, von einer Seite auf die andere geschoben.

„Sakra! Sakra! Die G'schicht g'fallt mir nimma recht. Der Alte — wenn dahinter kommt. Na, da gang was. Der Sohn von der Schnaklhax," er griff unwillkürlich nach dem verkrümmten Bein, „und die Rosl. Na, das geb was! — Wo er nur so lang bleibt, der Bua?"

Da krachte das Astholz unter den Tritten. Da kam er ja — und hinter ihm der Bauer vom Wald.

„G'rad wia der Gendarm an Spitzbuab'n, so bringt er ihn daher," dachte Alois Grimm. „Loisl, jetzt obacht, jetzt geht was! Aber nur ka't bleiben, 's seit net so weit."

Er hinkte den Kommenden einige Schritte entgegen.

„No, Bauer, was führt denn di nomal her heut?" fragte er arglos.

„Siehst's ja", erwiderte Johannes, „dei Bua, dein saubarer —"

Ferl wollte sich in die Hütte drücken.

„Nur dableib'n", wetterte Johannes, „bist ja gar so a Schneidiger! — Schau dir ihn amal an, dein Buab'n, Grimm! Was glaubst, daß ihm in d' Kopf steckt?"

„No, was wird denn drin steck'n" — der Alte kaute an seinem Pfeifenrohr — „was uns all'n drin g'steckt is in sein'm Alt'r. A Madl halt, was?

„Aber was für a Madl! Auf das kommt's an, Grimm!"

„Na, a saubers hoff' i, a richtigs."

„Grad a bißl gar z'saub'r und gar z'richtig für dein Buab'n. Verstanden?"

Johannes stieg der Zorn auf über die Ruhe des Alten, der ihn wohl längst erraten. Doch dieser ließ sich nicht stören.

„Geh! War dir eine z'saub'r gewes'n — sag, Bauer?"

J! J! und der Ferl! Ja, Herrgott, i glaub' gar, d' Rosl ist das Madl, mei' Rosl!"

Der Holzer nickte nur mit dem grauen Haupte und qualmte weiter. „Ja, ja, die is freili saub'r und richti' a. Aber was kannst da mach'n!"

„Was da mach'n kannst? Das fragst mi no? Ja, Herrgott, i glaub' gar, ös steckt's beianand in der Sach', ihr zwei. Aber dann heißt's: 'naus aus mein Wald, augenblicklich —"

Johannes glühte vor Zorn und erhob wie zum Schlag die Faust. Als aber der Holzer mit einem herben Lachen einen Schritt beiseite humpelte und mit der Hand nach dem verkürzten Bein griff, da ließ er beschämt die Faust sinken.

„Geh, Bauer, d'rzürn di net so," erwiderte der Holzer. „I sag dir's, wia's is. A Freud hab' i selb'r net an der G'schicht, aber am End — Schau deine Händ' an Bauer, san s' net a schwieli von der Arbeit, wia die mein'? Also, was wär denn so Grausam's dabei? Die Zeit'n hab'n s' g'ändert, Bauer."

Das Schlagwort war gefallen, welches Johannes auf das äußerste reizte. Er brach in ein nervöses Lachen aus.

„Das is guat! Red't der a scho' von die Zeit'n, d' Schnaklhax! Aber was red' i denn! Schau dir den Wald an! Eher derleb i's, daß da keine Bäum steh'n, als daß die Zeit kommt, wo a Ferl a Rosl heirat."

„Verred nix, Bauer, verred nix," warnte der Alte.

(Fortsetzung folgt.)

der selbst Vorsitzender einer Fabrikantenvereinigung ist, scheut also nicht davor zurück, den Beschäftigten das Koalitionsrecht zu rauben. In neuester Zeit wurde häufiger als je über den „Terror der sozialdemokratischen" Gewerkschaften von der arbeiterfeindlichen Presse gezetert, ohne Beweise hierfür zu erbringen. Hier erlaubt sich aber ein Unternehmer unter Niedertrampelung der guten Sitten, die Arbeiter zu Hörigen zu machen. Von der zuständigen Organisationsleitung wurde versucht, in dieser Angelegenheit eine Unterredung mit dem Fabrikanten herbeizuführen. Sie wurden jedoch abgewiesen mit der Bemerkung, daß sich Trüller unter keinen Umständen in eine Aussprache einlassen werde. Da der Unternehmer auch Lieferant der Großeinkaufsgesellschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist, wurde ein letzter Vermittlungsversuch durch Herrn Generalsekretär Kaufmann unternommen. Jedoch auch dieser Vermittlungsversuch scheiterte. Herr Trüller erklärte hier rundweg, daß er sich nicht zum Sklaven des Verbandes der Bäcker machen lasse, dann verzichte er lieber auf das ganze Geschäft. Nachdem nun alle Versuche gescheitert waren, um die Anerkennung des Koalitionsrechtes für die Beschäftigten zu erwirken, befaßte sich die organisierte Arbeiterschaft in Celle mit diesen Vorgängen in einer öffentlichen Versammlung. Dort wurde einstimmig beschlossen, bei den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen die Verhängung des Boykotts über die Produkte der Firma Trüller zu beantragen. Diesem Ersuchen wurde auch stattgegeben. Die organisierte Arbeiterschaft hat keine Ursache, einem solchen Unternehmer Waren abzukaufen, der ihre Arbeitsbrüder an der Ausübung des Koalitionsrechtes hindert, und sie wird dafür sorgen, daß der Boykott mit aller Schärfe durchgeführt wird. Die Waren setzt Trüller hauptsächlich außer in den Konsumvereinen auf den Bahnhöfen, in den Bäckereien, Konditoreien, Cafes und Kolonialwarengeschäften um. Es ist also nicht nur den Frauen, die bei der Durchführung des Boykotts hauptsächlich in Betracht kommen, Gelegenheit gegeben, sondern auch die Männer können viel zur Unterstützung beitragen. Die Firma ist mit ihren Massenartikeln hauptsächlich auf die Arbeiterschaft als Konsumenten angewiesen, wie auch das Hauptabsatzgebiet in diesen Kreisen besteht. Nach fast allen größeren Städten liefert Trüller an Händler und Nahrungsmittelgeschäfte. Man achte daher genau auf die Verpackung und weise jede Ware aus der Firma Trüller so lange zurück, bis an dieser Stelle über die Aufhebung des Boykotts berichtet werden kann. Die boykottierte Firma wird nun versuchen, in den bürgerlichen Zeitungen Erwiderungen zu veröffentlichen, in welchen besonders auf die hohen Löhne hingewiesen wird. Dazu bemerken wir vorweg, daß heute noch Arbeiterinnen mit 8 Mk. pro Woche eingestellt werden, und von diesem kargen Verdienst werden ihnen für die Arbeitskleidung noch Abzüge gemacht. Würden hohe Löhne bezahlt, dann hätte die Firma keine Ursache, den Beschäftigten die Zugehörigkeit zur Organisation zu untersagen. Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Meidet so lange den Bezug von Zwieback, Waffeln und Keks von der Firma Harry Trüller in Celle, bis sich auch dieser Unternehmer bequemt, den Beschäftigten das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht zu gewähren. So lange das nicht der Fall ist und in diesem Betriebe eure Arbeitsbrüder als rechtlose Heloten behandelt werden, verstößt jeder aufgeklärte Arbeiter gegen die Grundsätze der Arbeiterbewegung, wenn er trotzdem gegen diese Aufforderung handelt. Die Boykottkommission.

Erfolgreicher Mühlenarbeiterstreik. Nach sechswöchigem hartnäckigem Kampf mit der Firma Rommel in Bissingen, einem Großbetrieb, ist es zu einem für die Arbeiter vorteilhaften Frieden gekommen. Auch diese Firma hatte es sich mit dem Export und der Verpflegung der aus Hamburg bezogenen Hinkebrüder viel Geld kosten lassen, die aus Anerkennung dafür sich gegenseitig die Köpfe im Betriebe blutig schlugen; genutzt haben ihr die Streikbrecher nichts, und sie ist offenbar froh, daß sie diese Geister nun los ist. Erreicht wurden Lohnerhöhungen von 1,20 bis 4,80 Mk. pro Woche.

Das Ende des Londoner Dockarbeiterstreiks. Eine Massenversammlung der Leichterleute hat die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Es wurde ein Brief des Lords Devonport verlesen, in dem dafür garantiert wird, daß die früheren Abmachungen innegehalten werden. Der Lord erklärt in dem Brief, daß die Arbeitgeber gerecht und großmütig mit den Arbeitern zu verhandeln wünschten. Die friedliche Arbeit sei das Hauptinteresse des Hafens. Er hoffe, daß der lange Streit enden werde, ohne einen Groll auf beiden Seiten zurückzulassen. Der Arbeiterführer Cosling erklärte, er sei davon überzeugt, daß Lord Devonport sein Wort halten werde. — Mittwoch morgen haben sich an verschiedenen Stellen des Londoner Hafens ernste Unruhen ereignet. Drei Personen sind durch Revolverschüsse schwer verletzt worden. Die Unruhen in den Docks sind hervorgerufen worden durch Angriffe von früheren Streikenden auf Nicht-Unionisten, wobei Steine, Knüppel und Revolver als Waffen verwendet wurden. So meldet die arbeiterfeindliche Presse. Viele Personen wurden durch Steinwürfe verletzt. Die Schutzleute gingen wiederholt mit ihren Knüppeln vor.

Über Streikunruhen in Kanada bringt die bürgerliche Presse folgende zweifellos tendenziöse Nachrichten: Aus Toronto (Kanade) wird gemeldet, daß dort Streikunruhen ziemlich ernster Natur ausgebrochen sind, so daß es notwendig war, die Miliz der Stadt mobil zu machen, die mit vieler Mühe die Ruhe und Ordnung wieder herstellen konnte. Es handelt sich um einen Ausstand der Dockarbeiter. In dem neuen Dock der kanadischen Nordbahn wurde die Arbeit eingestellt. Es kam mit der Polizei zu einem heftigen Zusammenstoß, als die Streikenden versuchten, die Dockanlagen anzugreifen und zu zerstören. In dem Kampfe wurden der Polizeipräsident und ein italienischer Arbeiter schwer verletzt, und ein halbes Dutzend Streikende und Polizisten erlitten leichtere Verwundungen. Als das Militär dann auf der Bildfläche erschien, hatte es schwere Arbeit, um die Streikenden aus den Docks hinauszutreiben. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen. — Ein Telegramm aus Port Arthur im Staate Ontario berichtet, daß die Stadt und der ganze Distrikt unter das Kriegsrecht gestellt wurde als Folge eines blutigen Zusammenstoßes, der zwischen der Polizei und den streikenden Dockarbeitern stattfand.

Soziales.

100 Mark Jahreseinkommen ausreichend für eine Arbeiterin! Einhundert Mark Jahreseinkommen sind ausreichend für eine alte, gebrechliche Arbeiterin! Das ist der Sinn einer Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Oppeln. Nach einem Gutachten der unteren Verwaltungsbehörde war die 66 Jahre alte Arbeiterin Z. als fast völlig erwerbsunfähig bezeichnet worden. Die alte, an Alterserscheinungen und einem Leistenbruche leidende Frau konnte fast gar keine Arbeiten mehr verrichten, oder doch nur ganz leichte, und diese auch nur mit Unterbrechungen; sie sei infolgedessen erwerbsunfähig im Sinne des Gesetzes. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien lehnte jedoch die Bewilligung einer Invalidenrente ab, da Frau Z. noch imstande sei, 100 Mark jährlich zu verdienen. Und das angerufene Schiedsgericht, zusammengesetzt aus einem Regierungsrate, zwei Grundbesitzern, einem Oberheger und einem Pferdeknecht bestätigte die Entscheidung. Der Einwand der Frau Z., daß die Alterserscheinungen sehr hartnäckig seien, und daß sie außer an dem Leistenbruche auch an Reißen in der linken Körperseite und an Zittern am ganzen Körper leide, wurde nicht beachtet, sondern entschieden, daß Frau Z. nach dem Gutachten des Königlichen Kreisarztes „trotz dieser Leiden noch nicht erwerbsunfähig sei im Sinne des Gesetzes". Das Schiedsgericht habe sich diesem einwandfreien Gutachten angeschlossen und damit entgegen der Ansicht der unteren Verwaltungsbehörde für festgestellt erachtet, daß die „Klägerin trotz ihres vorgerückten Alters und ihres mehrfachen Leidens immer noch imstande ist, durch Verrichtung allerhand leichter und mittelschwerer Arbeit ihre nur 100 Mark betragende Mindestgrenze zu erreichen." Invalidität im Sinne des Gesetzes liege daher nicht vor. Der Anspruch auf Gewährung einer Invalidenrente sei danach für heute noch unbegründet. Also mit 27,4 Pfg. pro Tag soll die 66 Jahre alte, gebrechliche Arbeiterin ihr Leben fristen können — notabene, wenn sich überhaupt jemand findet, der ihr Arbeit gibt, um so viel verdienen zu können. Für den deutschen Arbeiter ist bekanntlich gesorgt bis ins hohe Alter.

Kommunales.

Steuerzuschläge in den preußischen Gemeinden. Die Steuerzuschläge, die die Gemeinden zu der staatlichen veranlagten Gemeindesteuer erheben, sind in verschiedensten Städten recht verschieden. Die wenigsten Gemeinden erheben 100 Prozent, in den meisten wird drüber hinausgegangen, und das zum Teil recht beträchtlich. Nach einer Zusammenstellung erfuhr in 33 preußischen Großstädten der zur Erhebug gelangende Prozentsatz eine Steigerung von 100 bis zu 230 Prozent. Den höchsten Satz erhebt Barmen und zwar bei einem Einkommen über 900 Mk. 100 Prozent erheben außer Wiesbaden die Stadt Berlin und die Nachbarstädte Charlottenburg, Schöneberg, Deutsch-Wilmersdorf und Neu-Cölln. Letztere beiden allerdings auch für Einkommen von über 660—900 Mk. Bei Einkommen von über 900 Mk. erheben: Aachen 177, Bochum 210, Breslau 172, Köln 155, Krefeld 190, Danzig 220, Dortmund 210, Duisburg 200, Düsseldorf 145, Elberfeld 215, Erfurt 158, Essen 200, Gelsenkirchen 225, Halle 172, Hamborn 200, Hannover 125, Kassel 135, Kiel 250, Königsberg 225, Magdeburg 180, Mühlheim a. R. 200, Posen 200, Saarbrücken 180, Stettin 200 Prozent. Zehn Großstädte: Krefeld, Danzig, Dortmund, Elberfeld, Erfurt, Gelsenkirchen, Hannover, Mühlheim a. R., Posen und Saarbrücken erheben bereits für Einkommen von über 420 bis 660 Mk. und zwar mit Ausnahme von Elberfeld und Gelsenkirchen, die 125 Prozent erheben, den gleichen Satz, wie bei Einkommen von über 900 Mk. 21 Städte erheben bei Einkommen von über 660—900 Mk. Gemeindesteuern. Hier tritt bei zweien eine Änderung des Satzes gegenüber der höheren Einkommenstufe ein. — In den kleinen Gemeinden sind die Steuerzuschläge wesentlich höher und gehen teilweise bis über 400 Prozent hinauf. Diese Zahlen sind insofern interessant, als in der Lübecker Bürgerschaft bei der letzten Budgetberatung behauptet wurde, zahlreiche Rentiers würden von hier abwandern, wenn Lübeck seine Einkommensteuer erhöhe.

Aus dem Gerichtssaal.

Das verschwundene Vereinsstatut und die Polizei.

Von der Sucht mancher preußischer Polizeibehörden, die Arbeiterturn- und Sportvereine zu politischen Vereinen zu stempeln, um ihnen so bequemer Schwierigkeiten bereiten zu können, war im vergangenen Jahre plötzlich auch die Polizei in Celle (Provinz Hannover) ergriffen worden. Sie forderte von dem damaligen Vorsitzenden des Vereins ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und ein Vereinsstatut, ein Verlangen, das nicht erfüllt wurde, weil der Vorstand mit Recht der Meinung war, daß es sich beim Arbeiterturnverein nicht um einen politischen Verein handle. Die Folge war eine polizeiliche Strafverfügung von 20 Mk., gegen die gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. Das Schöffengericht bestätigte zwar den Strafbefehl, doch ereigneten sich inzwischen Dinge, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob die Celler Polizeibehörde die Verurteilung des Angeklagten mit ungetrübter Freude aufgenommen hat. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht war die Einreichung der Vereinsstatuten gefordert worden. Dieses Statut war aber nur in einem einzigen Exemplar vorhanden, das eingerahmt in der Gaststube des Vereinslokals an der Wand hing. Als nun der Vorsitzende das Statut holen wollte, stellte sich heraus, daß es verschwunden war, und obschon eifrig nach seinem Verbleib geforscht wurde, konnte es nicht mehr herbeigeschafft werden. Merkwürdigerweise erklärte sich die Celler Polizeiverwaltung aber bereit, eine Abschrift des — wohlgemerkt nur in einem Exemplar vorhandenen Vereinsstatuts zu den gerichtlichen Akten zu geben, was auch geschah. Am auffälligsten aber war, daß der Vertreter der Polizei vor Gericht auf die Frage nach dem Verbleib des Originalstatuts — die Aussage verweigerte. Indes, das Schöffengericht ließ sich dadurch nicht beirren, es verurteilte den „Sünder" wie gesagt zu 20 Mk. Geldstrafe, weil es aus gewissen Umständen, so, weil der Verein im sozialdemokratischen Blatte in Hannover inserierte, weil seine Mitglieder zum größten Teile Sozialdemokraten seien usw., den politischen Charakter des Vereins herleiten zu können glaubte. Nun hatte sich dieser Tage die Strafkammer in Celle als Berufungsinstanz mit der Sache zu beschäftigen. Dieses Gericht kam aber zu einem freisprechenden Erkenntnis, da nicht der geringste Beweis dafür erbracht werden konnte, daß im Verein Politik getrieben worden ist; sämtliche Kosten werden der Staatskasse auferlegt. So endete auch diese Aktion gegen den Arbeiterturnverein mit einer Niederlage der Polizeibehörde. Dem Verein hat der Prozeß keinen Schaden getan, hat sich doch seine Mitgliederzahl in der Zeit des Prozesses um 78 vermehrt. Ob das Ansehen der Polizei ebenso gestiegen ist, ist eine andere Frage; — erst die Geschichte mit dem verschwundenen Vereinsstatut, dann schließlich die Freisprechung!

Aus einer Zentrumsdomäne. Die Strafkammer Würzburg verurteilte dieser Tage den Bezirksamtssekretär Weilhammer aus Karlstadt a. M. wegen „Religionsvergehen" zu zwei Monaten Gefängnis. Mit diesem „Religionsvergehen" hat es eine eigene Bewandnis. Der Angeklagte war Verwalter des Distrikts-Pfründnerspitals, in dem Klosterschwestern als Pflegerinnen tätig sind. Obwohl verheiratet, stellte der Patron doch eifrig den Schwestern nach und wurde überall, wo er mit ihnen zusammenkam, handgreiflich. Einmal ging er einer Schwester nach, als diese in die Kirche zum Gebetläuten ging, schloß die Kirche ab und wollte in dieser Stätte unter Anwendung von Gewalt seine Absicht erreichen. Weil dieser Angriff in der Kirche erfolgte, konstruierte die Staatsanwaltschaft ein „Religionsvergehen" daraus. In Wirklichkeit wollte man damit um eine ausgiebige Vernehmung verschiedener Zeugen herumkommen, die bei der Anklage wegen Sittlichkeitsvergehen oder -Verbrechen sowie bei Notzuchtversuch nicht zu umgehen gewesen wäre. Eigentümlich berührte es auch, daß weder die Krankenschwestern noch die Oberin Anzeige erstatteten, obwohl die Letztgenannte längst von dem Vorkommnis wußte. Karlstadt ist eine stramme Zentrumsdomäne, der Pfarrer führt ein besonders strenges Regiment, und es ist für die Sozialdemokratie äußerst schwer, ein Versammlungslokal zu erhalten.

Aus Nah und Fern.

Folgenschwere Benzinexplosion. In der Putzfedernfabrik von Pohl in Berlin explodierte Mittwoch mittag gegen 1 Uhr ein Benzinbehälter. Eine Federnreinigungsmaschine flog in die Luft und tötete drei Arbeiter. Mehrere andere wurden verletzt. Das Feuer ergriff auch die anderen Benzinbehälter, so daß ein großer Brand ausbrach, der erst durch drei Löschzüge der Feuerwehr bewältigt werden konnte.

Der verhungernde Veteran. In der Stralauerstraße in Berlin brach der Kriegsinvalide Wilhelm Kionke, geboren am 7. Mai 1850, vor Hunger zusammen. Die Bewohner der Häuser veranstalteten eine Sammlung für den Ärmsten; er ist vollständig mittellos und hat keine Wohnung. Das Reich hat für ihn kein Geld übrig. Das brauchen notwendig die Schnapsbrenner und Junker.

Ein großes Schadenfeuer hat Mittwoch nacht das gesamte Lager der Ein- und Verkaufs-Genossenschaft des Landwirtschaftlichen Bauernvereins in Halle a. S. vernichtet. Viele landwirtschaftliche Maschinen und Sämereien wurden ein Raub der Flammen. Das auf dem gleichen Grundstück untergebrachte Getreide- und Futtermittellager der Firma Kreuzberg verbrannte ebenfalls. Der Schaden beträgt ungefähr 400 000 Mk.

Weshalb die Geburten zurückgehen müssen. In der Provinz Ostpreußen wird zurzeit, wie die „Königsberger Hartungsche Zeitung" mitteilt, auf Veranlassung der Physikalisch-Ökonomischen Gesellschaft und unter Mitwirkung der Ortsschulinspektionen und Lehrer eine Zählung der Storchnester vorgenommen. Von nahezu 600 Zählkarten, die zur Versendung gelangten, ist die Hälfte bereits ausgefüllt worden, und da noch täglich weitere Zählkarten zurückgeliefert werden, so darf gehofft werden, daß auch die zurzeit noch ausstehende Hälfte vor dem herbstlichen Fortzug der Störche zur Ausfüllung gelangen wird. Schon das bisher gesammelte Material läßt wertvolle Schlußfolgerungen zu; vor allem bringt es exakte, zahlenmäßige Belege für die Abnahme der Störche, dieser dekorativsten Charaktervögel der östlichen preußischen Provinz. Um ein paar besonders krasse Beispiele anzuführen, waren in einem Dorfe der Bartensteiner Gegend vor 10 Jahren 58 Storchnester vorhanden; jetzt sind es nur noch elf, und ein Dorf im Kreise Pr.-Eylau, das früher ebenfalls über 50 Storchnester beherbergte, besitzt heute nur noch sieben bewohnte Nester. Freilich ist diese Abnahme nicht an allen Orten gleich ausgesprochen, und stellenweise ist in neuerer Zeit sogar eine geringe Vermehrung feststellbar, am auffälligsten in einem großen Dorfe des Kreises Wehlau, in dem 1905 kein einziges Storchnest mehr vorhanden war, während jetzt dort wieder sechs bewohnt werden. Für eine wissenschaftliche Verwertung der Zählungen ist aber deren Vollständigkeit erforderlich, so daß hierfür die noch ausstehenden Zählkarten abgewartet werden müssen. — Nach diesen Feststellungen, die im wesentlichen doch eine starke Abnahme der Störche erkennen lassen, darf man sich jetzt nicht mehr wundern, daß die Geburtenziffer ständig zurückgeht.

Verblüffende Ergebnisse in der Krebsheilung hat ein württembergischer Arzt Dr. Adolf Zeller in Weilheim-Teck erzielt mit einer von ihm erfundenen, noch geheimgehaltenen operationslosen Behandlung. Im ganzen hat Dr. Zeller 57 Krebskranke auf diese Weise behandelt, wovon 44 geheilt wurden, 10 sind noch in Behandlung und nur 3 starben. Unter den Geheilten befinden sich solche, die vorher schon zwei- und dreimal operiert und andere, die von den Ärzten bereits aufgegeben worden waren.

Durchgebrannter christlicher Gewerkschaftsführer. Der christliche Gewerkschaftssekretär Noven in Düsseldorf, in der dortigen Halbwelt unter dem Spitznamen „Schlüsselwilly" bekannt, ist plötzlich aus Düsseldorf verschwunden und hat in der Eile seiner Abreise vergessen, seine finanziellen Verhältnisse zu regeln. Genau kann man noch nicht feststellen, wieviel in der Kasse fehlt. Man munkelt von 2300—2500 Mk. Auch auf der Unionbrauerei Düsseldorf war Noven und ließ sich eine Summe Geld geben, dafür sollte die Brauerei die Bierlieferung für das Paulushaus bekommen. Als die Brauerei um die Lieferung einkam, merkte der Vertreter, daß die Brauerei geprellt war. Vom Schiff aus schrieb Noven an zwei seiner christlichen Freunde, daß man über ihn nur den Mund halten sollte, sonst käme noch etwas ganz anderes heraus. Von christlicher Seite hörte man denn auch nichts über den Fall. Wir würden von dem Fall nicht Notiz genommen haben, wenn die Christlichen nicht jede kleine Verfehlung irgend eines unserer Partei- und Gewerkschaftsangestellten in der gehässigsten und scheinheiligsten Weise gegen uns ausschlachteten und immer über die Sittenlosigkeit anderer Mitmenschen Zeter und Mordio schrien.

Die Hosen des Hausfreundes. Aus einem Städtchen des fränkisch-schwäbischen Gaues wird der „Frankf. Ztg." ein lustiger Schwank erzählt, der von einem neuen Boccaccio wohl in den Rahmen eines zweiten „Decamerone" eingespannt werden könnte. Ein Privatbeamter hatte die üble Gewohnheit, allabendlich, bevor er zur Ruhe ging, auswärts seinen Schoppen zu trinken. Kein Wunder, wenn es mit der Zeit seiner Frau in den abendlichen Stunden etwas langweilig wurde; wenn sie der Plauderei des liebenswürdigen Nachbars, eines ehrsamen Krämers nicht aus dem Wege ging. Doch wie es so geht: der nachbarliche Schwatz, der zunächst von der Gasse ins Fenster ging, wurde von Abend zu Abend zutraulicher und zog sich schließlich hinter die Glastür und letzten Endes auch noch hinter die Schlafstubentür des Herrn Privatbeamten zurück. Das Dreieck war fertig; aber es war von schlechtem Bestand: an einem gewitterschwülen Abend ging es unter Donner und Blitz auseinander. Im „Adler" hatte der gehörnte Siegfried damals keine Gesellschaft gefunden, und so war er unversehens früher nach Hause gekommen. Diese schlimme Angewohnheit betrogener Ehemänner wurde auch ihm zum Verhängnis. Er merkte zwar nicht, daß unter der Bettlade seiner Frau ein Tütendreher in schweren Ängsten lag, aber hörte, kaum entschlummert, den lauten Jammer seiner

Frau, die über schwere Leibschmerzen klagte. Ihrem dringend vorgetragenen Wunsch, ihr ein Pülverlein aus der Apotheke zu holen, konnte der Ehemann unmöglich widerstehen. Er fuhr eiligst in die Hosen, und erst auf der Straße war ihm, als ob sie ihm viel zu weit seien. Und als er den vom Stammtisch herzitierten Apotheker das Rezept bezahlte, da hatte er — o Wunder — einen ihm völlig unbekannten Geldbeutel im Hosensack, und darinnen waren nicht weniger denn — vier blaue Lappen. So viel Geld sieht ein Privatbeamter selten auf einem Haufen. Nachdenklich ging er nach Hause, und als er sah, daß seine eigene Hose verschwunden war, wußte er, was die Glocke geschlagen hatte. Da vergaß er völlig der eigenen Schuld und prügelte seine Frau, daß sie jetzt in Wirklichkeit Leibschmerzen kriegte. Im Wirtshaus aber sah man ihn niemals wieder. — Die Komödie hat noch einen zweiten Akt, in dem ein Hosenaustausch die Hauptszene darstellt. Er wurde aber hinter geschlossenem Vorhang gespielt. Doch genügt der erste, um zu zeigen, wie durch die Unmoral einer Frau die Moral eines Mannes gehoben wird.

Mord aus Rache. Als die Ehefrau des Gewehrfabrikanten Robert Anschütz in Mehlis in Thüringen vom Markte zurückkehrte, begegnete ihr der frühere Buchhalter ihres Mannes, Muth, und begleitete sie bis zu ihrer Villa. Dort feuerte Muth mehrere Revolverschüsse auf die Frau ab, die tot zusammenbrach, und tötete dann sich selbst durch einen Schuß in den Mund. Muth, von Anschütz wegen ungenügender Leistungen entlassen, hat, wie er auf einem Zettel angibt, die Tat aus Rache begangen.

In dem amtlichen englischen Bericht über die Katastrophe der „Titanic" sagt Lord Mersey weiter, die Umstände hätten ihn davon überzeugt, daß das von der „Californian" gesichtete Schiff die „Titanic" gewesen sei. Die Nacht sei klar, die See ruhig gewesen. Wenn die „Californian", die die Notraketen der „Titanic" gesehen habe, durch das Eis hindurchgefahren wäre, wie sie es ohne ernste Gefahr hätte tun können, so hätte sie wahrscheinlich viele, wenn nicht alle Leben der „Titanic" gerettet. Das Urteil empfiehlt sodann Verbesserungen der Schotteneinrichtungen, betont, daß das Handelsamt die Ermächtigung bekommen müßte, Grundriß und Kostenanschlag der Schiffe bei Beginn ihres Baues zu prüfen, und erklärt, daß der Ausrüstung eines Schiffes mit Rettungsbooten und Notflößen nicht der Tonnengehalt, sondern die Passagierzahl zugrunde gelegt werden müßte. — Lord Mersey gibt schließlich dem Wunsche Ausdruck, eine internationale Konferenz möge eine gemeinsame Aktion einleiten, die die Ausrüstung der Schiffe einschließlich der Rettungseinrichtungen und Scheinwerfer sowie die Frage der Änderung des Kurses bei Eisgefahr zum Gegenstande haben solle.

Großer Juwelendiebstahl. Die gesamte Geheimpolizei von Moskau ist in Tätigkeit, um einen Juwelendiebstahl, bei dem den Spitzbuben eine Beute von 1½ Millionen in die [illegible] fiel, aufzuklären. Die Bestohlene ist die Fürstin [illegible] Tschernew. Sie lebt auf einer herrlichen Besitzung [illegible] Nähe von Moskau, die von einer Truppe Tscherkessen streng bewacht wird. Obgleich das Schloß von Fallgruben und elektrischen Signalstationen umgeben ist, gelang der Diebstahl. Ein Teil der Kostbarkeiten wurde bereits durch die Geheimpolizei entdeckt, doch fehlt noch der größere wertvollste Teil, darunter der berühmte rosa Brillant, der von der ersten Frau Peters des Großen, die eine Ahnfrau der Fürstin ist, stammt.

Furchtbare Katastrophe. In dem Dorfe Gergau nächst Warschau gab der Grundbesitzer Ogly seinen Leuten anläßlich der Dacherrichtung, wie dies üblich ist, ein Fest, das bei dem Neubau abgehalten wurde. 60 Personen nahmen daran teil, als plötzlich das Baugerüst zusammenbrach. 19 Arbeiterinnen und 4 Arbeiter wurden tot aus den Trümmern gezogen. Das Gerüst war aus schadhaftem Holz konstruiert.

Folgenschwerer Deckeneinsturz. Auf einem Neubau in der Ligowostraße in Petersburg stürzten in der Nacht zum Mittwoch eiserne Tragbalken und Betondecken ein. Die im Neubau übernachtenden Arbeiter werden vermißt; ihre Zahl ist noch nicht festgestellt. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Eifersuchtstragödie in Paris. Mittwoch vormittag spielte sich in Paris eine blutige Eifersuchtstragödie ab. Eine 35 Jahre alte Frau Bloch, eine Schriftstellerin, erschoß ihre Rivalin, eine Frau Bridgemann. Der Gatte der Frau Bloch unterhielt seit langem Beziehungen zu Frau Bridgemann und wiederholt hatte Frau Bloch ihre Rivalin gebeten, ihr ihren Mann wiederzugeben. Heute vormittag sprach sie wieder in der Wohnung der Frau Bridgemann in der Rue Vignon im Viertel der Madeleine vor. Es kam zwischen den beiden Frauen zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf Frau Bridgemann kühl erklärte: „Ich habe ihren Mann und ich gebe ihn nicht heraus." Kaum waren diese Worte gefallen, als Frau Bloch, rasend vor Wut, einen Revolver hervorzog und ihre Gegnerin durch zwei Schüsse zu Boden streckte. Frau Bloch, eine Mutter von zwei kleinen Kindern, ist als Frauenrechtlerin bekannt. Sie war Mitglied des Lyceumklubs. Nach der Tat stellte sie sich der Polizei.

Ein Pulverfabrik in die Luft geflogen. In Appelline bei Rom ist Dienstag eine Privatpulverfabrik in die Luft geflogen. Die gesamten Gebäulichkeiten wurden zertrümmert. Man spricht von vier Toten und zahlreichen Verletzten. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Eine schreckliche Bluttat ereignete sich Montag in Kemnade bei Bodenwerder. Als die Frau des seit kurzem stellungslosen 35jährigen Arbeiters Hermann Dehne nach kurzer Abwesenheit in ihre Wohnung zurückkehrte, fand sie ihr dreijähriges Töchterchen tot auf. Ihr Vater hatte ihr die Kehle durchschnitten und sich dann selbst lebensgefährliche Verletzungen beigebracht, denen er bald erlag. Er beging die Tat wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesstörung.

Literarisches.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Geschichte der Erde. II. Die Weltalter.** Kurze Charakteristik der geologischen Perioden und Formationen. Von R. Bommeli. 21. Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit 2 farbigen Tafeln und 40 Abbildungen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die große Chronik. — Einteilung der Erdgeschichte. — Die Urzeit der Erde und die archäischen Formationen. — Das Altertum der Erde. — Das Mittelalter der Erde. — Die Neuzeit oder das känozoische Weltalter. Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark. Vereinspreis 50 Pfennig.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen.** Zweiter Teil: **Nahrungsbeschaffung und Ernährung.** Von Heinrich Cunow. 22. Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Mensch als Naturwesen. — Nahrungsbeschaffung und -zubereitung in der mittleren Diluvialzeit. — Jagd und Fischerei am Ende der Diluvialzeit. — Fischerleben der Kjökkenmöddingerzeit. — Tierzucht und Landanbau des Pfahlbaumenschen. — Vom Haustein zur Eisenart. Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf.

Einheitliches Angestelltenrecht. Referat (mit anschließender Diskussion) erstattet von Dr. Heinz Potthoff. Die Broschüre, die als Heft 27 der Schriften des Bundes der technisch-industriellen Beamten im Industriebeamten-Verlag G. m. b. H., Berlin NW. 52, erschienen ist, enthält den Vortrag, den der bekannte Sozialpolitiker Dr. Potthoff auf dem achten Bundestage der technisch-industriellen Beamten gehalten hat. Der Preis der Broschüre beträgt zwanzig Pfennige.

Der Verrat des schwarz-gelben Gewerkvereins der Bergarbeiter. Unter diesem Titel ist vom Vorstande des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands eine Broschüre herausgegeben worden, welche in eingehender Weise die Bergarbeiterbewegung und Kämpfe in der Zeit nach dem Ruhrbergarbeiterstreik 1905 bis einschließlich des Streiks im Jahre 1912, sowie den Verrat der Schwarz-Gelben an den Bergarbeitern schildert. Der Preis der Broschüre beträgt im Buchhandel 50 Pfg. pro Exemplar. Den Mitgliedern der freien Gewerkschaften wird die Broschüre beim Bezug durch die Zentralvorstände zum Vorzugspreis von 35 Pfg. geliefert.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 31. Juli.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3,00—4,00 Mk. Hühner 2,00—3,00 Mk., Küken Stück 1,30—1,60 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 1,10—1,15 Mk., Schweinskopf Pfd. 60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,50. Eier Stck. —8½ Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche genüg. Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk. Schleie 1,10—1,20 Mk., Brachsen —,60 Pf., Hechte Pfd. — Pf., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,00—1,00 Mk. Karauschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl der Kopf 20—40 Pf., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken. 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd Mk., Kirschen Pfd. 50—60 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 50 bis 70 Pfg., Aland Pfd. — Pfg. Steinbutt, lebende Pfd. 60—70 Pfg. Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 00 Pf. 3. Sorte 00—00 Pf.

Getreidepreise.

Lübeck, 31. Juli.

Weizen, 128—134 Pfd. holl. — — — Mk. **Roggen** 120—125 Pfd., holl. 185—190 Mk., **Gerste,** nach Qualität 200—208 Mk. **Hafer,** nach Qualität, 197—202 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 31. Juli.

Auftrieb 1164 Schweine. Markt sehr flott geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 77,— bis 78,— (61,50 bis 62,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 77,— bis 78,— (61,50 bis 62,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 78,00 bis 79,00 (61,00 bis 61,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 78,— bis 79,00 (61,00 bis 61,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72,— bis 77,— (54,50 bis 58,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 71,— bis 72,00 (57,00 bis 57,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 65,00 bis 69,00 (50,50 bis 53,50) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 31. Juli.

1. Klasse 422 Drittel zu 130,56 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 33 „ „ 122,65 Mk. „ „

Unverkauft blieben — Tonnen.

Briefkasten.

K. M. Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte gelten nach dem heutigen Recht im allgemeinen nicht als Betriebsunfälle und werden auch nach Inkrafttreten des, die Unfallversicherung betreffenden 3. Buches der R. V. O. nicht als Betriebsunfälle angesehen werden.

Bei den Kommissionsberatungen zur R. V. O. ist seitens unserer Genossen beantragt worden, die Versicherung auch auf solche Unfälle auszudehnen. Diese Anträge sind jedoch sowohl in der Kommission, als auch im Plenum des Reichstages abgelehnt worden. Besondere Umstände können jedoch dazu führen, auch Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit als Betriebsunfälle anzuerkennen. Trägt z. B. ein Arbeiter auf dem Wege von und zur Arbeit Werkzeuge oder Betriebsmaterial, so ist, wenn dadurch der Unfall veranlaßt wurde, vom R. V. A. Betriebsunfall anerkannt. Oder hat der Arbeiter noch einen Auftrag auszuführen, so ist er bis zur Erledigung des Auftrages „bei dem Betriebe" und würde auch in diesem Falle Betriebsunfall angenommen werden müssen. Solche Beispiele lassen sich allerdings vermehren, im allgemeinen aber sind das Ausnahmen und gilt der Grundsatz, daß Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit nicht als Betriebsunfälle anzusehen sind.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:

Durch Schauerleute vom Dampfer „Machnow" . .	Mk. 1,—
„ „ „ „ „Friedrich Arp"	„ 4,55
„ „ „ „ „Olga"	„ 2,90
„ „ „ „ „Agga"	„ 1,55
Von Arbeitern des Drägerwerks, 1. Rate	„ 50,—

Der Jugendausschuß.

Heiteres.

Letzter Wunsch. Richter: „Sie sind dreimal zum Tode und außerdem zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Haben Sie noch einen Wunsch?" — Angeklagter: „Recht schön bitten möcht' ich halt, daß ich könnt' erst die fünfzehn Jahre absitzen!"

(Aus „Lustige Blätter".)

Betrachtung. Strolch: „Bin ick nich wie det Wasser? Ick schlängle mir durch die Jegend, nehme so sachteken mit, wat geht, un vaschwinde von die Obafläche, wenn et zu heiß wird!"

(Aus „Simplizissimus".)

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder".** In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**

sowie deren Kolporteure und Austräger.